Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe im Stadtbezirke M. 3.50, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgaben Stadt- bezirke 80 Pf., bei der Post M. 1. Illustrirte Beilage „Sterne u. Blumen“ 30 Pf. Die jeden Monat erscheinende humoristische Beilage „Bücherwurm“ gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil.

Niederrheinische Volkszeitung.

52. Jahrgang.
Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Bascher.
Insertions-Preis: Die Petitzeile im Abonnementsfalle 15 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeiger“, ausserhalb des Abonnementsfalles 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. u. Reklame-Zeile 30 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Bei Frankoanfragen 10 Pf. für Antwort.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 47. Telephon-Anschluß 104.
Nr. 169. Krefeld, Donnerstag, den 29. März (Eustasius) 1900.

Mittag-Ausgabe.

△ Das Gemeindewahlrechts-Gesetz

ist nunmehr in der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Erledigung gelangt. In der ersten Lesung hatte es bekanntlich durch Zentrum und Konservative einige Aenderungen erfahren. Die wichtigste war, daß die ortsstatutarische Einführung des Ueberdurchschnitts oder der Zweiteilung nur mit Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertretung sollte beschlossen werden können. Ferner wurde die Möglichkeit, alle 10 Jahre etwas Anderes zu beschließen, beseitigt. Von minderer Bedeutung war der Zusatz zu § 1, daß Personen, die vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abtheilung zu wählen haben. Die Bestimmung stand auch in der vorigjährigen Vorlage.

In der zweiten Lesung sind nun noch zwei weitere Aenderungen vorgenommen worden. Zunächst wurde der Vorschrift, wonach die nicht zu einer Staatssteuer veranlagten Wähler in der dritten Abtheilung wählen, noch hinzugefügt, daß, wenn sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsteuersumme verringert, auf diese Abtheilungen je die Hälfte der verbleibenden Summe zu entfallen hat. Sodann wurde ein von dem Abg. v. Heydebrand beantragter Zusatz zu § 2 angenommen, wonach bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrages die Wähler, welche weder Staats- noch Gemeinde-Steuer zahlen, sowie die Steuer, mit welcher sie in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht zu lassen sind. Hier handelt es sich also nicht mehr um die Drei-Mark-Männer mit ihrem fingirten Steuersatze, sondern um alle diejenigen Wähler, die zwar zur Steuer veranlagt sind, aber sie nicht zu zahlen haben, weil z. B. die unteren Stufen erlassen werden. Alle diese und ihre fiktiven Steuern rechnen nicht mit. Bei der Berechnung der Gesammtsumme zählen ihre Steuern nicht mit und bei der Theilung dieser Summe durch die Wählerzahl behufs Ermittelung des Durchschnitts zählen sie selbst nicht mit. Der Zweck dieser Bestimmung ist, der „Demokratisirung“ des Wahlrechts vorzubeugen. Wie sie wirken wird, dafür fehlt es bis jetzt an jeder rechnerischen Unterlage. Die Zentrumsmitglieder haben in der Kommission dafür gestimmt, um die Vorlage nicht zu gefährden. Bis zur zweiten Lesung im Plenum wird sich ja Gelegenheit finden, die Tragweite des Beschlusses zu beurtheilen.

Der ganze Entwurf wurde mit allen gegen die fünf Stimmen der Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen. Der wesentliche Inhalt ist nunmehr folgender. Bei den Gemeindewahlen werden die Wähler nach den von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen derart getheilt, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Steuersumme entfällt. Für nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Personen werden an Stelle dieser Steuer 3 M. in Ansatz gebracht. Diese Wähler wählen stets in der dritten Abtheilung. Verringert sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsumme, so werden diese in der Art getheilt, daß auf jede die Hälfte der verbleibenden Summe entfällt. Bis hierher ist nunmehr die Kommissionen des Abgeordnetenhauses zur Erledigung gelangt. In der ersten Lesung hatte es bekanntlich durch Zentrum und Konservative einige Aenderungen erfahren. Die wichtigste war, daß die ortsstatutarische Einführung des Ueberdurchschnitts oder der Zweiteilung nur mit Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertretung sollte beschlossen werden können. Ferner wurde die Möglichkeit, alle 10 Jahre etwas Anderes zu beschließen, beseitigt. Von minderer Bedeutung war der Zusatz zu § 1, daß Personen, die vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abtheilung zu wählen haben. Die Bestimmung stand auch in der vorigjährigen Vorlage.

In der zweiten Lesung sind nun noch zwei weitere Aenderungen vorgenommen worden. Zunächst wurde der Vorschrift, wonach die nicht zu einer Staatssteuer veranlagten Wähler in der dritten Abtheilung wählen, noch hinzugefügt, daß, wenn sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsteuersumme verringert, auf diese Abtheilungen je die Hälfte der verbleibenden Summe zu entfallen hat. Sodann wurde ein von dem Abg. v. Heydebrand beantragter Zusatz zu § 2 angenommen, wonach bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrages die Wähler, welche weder Staats- noch Gemeinde-Steuer zahlen, sowie die Steuer, mit welcher sie in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht zu lassen sind. Hier handelt es sich also nicht mehr um die Drei-Mark-Männer mit ihrem fingirten Steuersatze, sondern um alle diejenigen Wähler, die zwar zur Steuer veranlagt sind, aber sie nicht zu zahlen haben, weil z. B. die unteren Stufen erlassen werden. Alle diese und ihre fiktiven Steuern rechnen nicht mit. Bei der Berechnung der Gesammtsumme zählen ihre Steuern nicht mit und bei der Theilung dieser Summe durch die Wählerzahl behufs Ermittelung des Durchschnitts zählen sie selbst nicht mit. Der Zweck dieser Bestimmung ist, der „Demokratisirung“ des Wahlrechts vorzubeugen. Wie sie wirken wird, dafür fehlt es bis jetzt an jeder rechnerischen Unterlage. Die Zentrumsmitglieder haben in der Kommission dafür gestimmt, um die Vorlage nicht zu gefährden. Bis zur zweiten Lesung im Plenum wird sich ja Gelegenheit finden, die Tragweite des Beschlusses zu beurtheilen.

Der ganze Entwurf wurde mit allen gegen die fünf Stimmen der Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen. Der wesentliche Inhalt ist nunmehr folgender. Bei den Gemeindewahlen werden die Wähler nach den von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen derart getheilt, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Steuersumme entfällt. Für nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Personen werden an Stelle dieser Steuer 3 M. in Ansatz gebracht. Diese Wähler wählen stets in der dritten Abtheilung. Verringert sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsumme, so werden diese in der Art getheilt, daß auf jede die Hälfte der verbleibenden Summe entfällt. Bis hierher ist nunmehr die Kommissionen des Abgeordnetenhauses zur Erledigung gelangt. In der ersten Lesung hatte es bekanntlich durch Zentrum und Konservative einige Aenderungen erfahren. Die wichtigste war, daß die ortsstatutarische Einführung des Ueberdurchschnitts oder der Zweiteilung nur mit Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertretung sollte beschlossen werden können. Ferner wurde die Möglichkeit, alle 10 Jahre etwas Anderes zu beschließen, beseitigt. Von minderer Bedeutung war der Zusatz zu § 1, daß Personen, die vom Staate zu einer Steuer nicht veranlagt sind, stets in der dritten Abtheilung zu wählen haben. Die Bestimmung stand auch in der vorigjährigen Vorlage.

In der zweiten Lesung sind nun noch zwei weitere Aenderungen vorgenommen worden. Zunächst wurde der Vorschrift, wonach die nicht zu einer Staatssteuer veranlagten Wähler in der dritten Abtheilung wählen, noch hinzugefügt, daß, wenn sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsteuersumme verringert, auf diese Abtheilungen je die Hälfte der verbleibenden Summe zu entfallen hat. Sodann wurde ein von dem Abg. v. Heydebrand beantragter Zusatz zu § 2 angenommen, wonach bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrages die Wähler, welche weder Staats- noch Gemeinde-Steuer zahlen, sowie die Steuer, mit welcher sie in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht zu lassen sind. Hier handelt es sich also nicht mehr um die Drei-Mark-Männer mit ihrem fingirten Steuersatze, sondern um alle diejenigen Wähler, die zwar zur Steuer veranlagt sind, aber sie nicht zu zahlen haben, weil z. B. die unteren Stufen erlassen werden. Alle diese und ihre fiktiven Steuern rechnen nicht mit. Bei der Berechnung der Gesammtsumme zählen ihre Steuern nicht mit und bei der Theilung dieser Summe durch die Wählerzahl behufs Ermittelung des Durchschnitts zählen sie selbst nicht mit. Der Zweck dieser Bestimmung ist, der „Demokratisirung“ des Wahlrechts vorzubeugen. Wie sie wirken wird, dafür fehlt es bis jetzt an jeder rechnerischen Unterlage. Die Zentrumsmitglieder haben in der Kommission dafür gestimmt, um die Vorlage nicht zu gefährden. Bis zur zweiten Lesung im Plenum wird sich ja Gelegenheit finden, die Tragweite des Beschlusses zu beurtheilen.

Der ganze Entwurf wurde mit allen gegen die fünf Stimmen der Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen. Der wesentliche Inhalt ist nunmehr folgender. Bei den Gemeindewahlen werden die Wähler nach den von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen derart getheilt, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Steuersumme entfällt. Für nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Personen werden an Stelle dieser Steuer 3 M. in Ansatz gebracht. Diese Wähler wählen stets in der dritten Abtheilung. Verringert sich in Folge dessen die auf die beiden ersten Abtheilungen entfallende Gesammtsumme, so werden diese in der Art getheilt, daß auf jede die Hälfte

Rudolf Backhaus, Krefeld
Bureau für Patentverwerthung.

entfällt. Bei der Berechnung des Durchschnittssatzes sind aber die Wähler, welche weder Staats- noch Gemeinde-steuern zahlen, sowie die Steuer, mit welcher sie in die Wählerlisten eingetragen sind, außer Betracht zu lassen. Eine höhere Abtheilung darf nie mehr Wähler zählen, als eine niedere. Durch Ortsstatut kann in diesen Gemeinden statt des Durchschnittsgesetzes ein diesen bis zur Hälfte übersteigender Satz oder die Zwölftelung eingeführt werden. Dazu ist die Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertretung nothwendig, auch bedarf das Ortsstatut der Bestätigung durch Kreis- bezw. Bezirksausschuß, gegen dessen Entscheidung Beschwerde an den Provinzialrath zulässig ist.

In der Kommission kam auch noch eine andere wichtige Frage zur Erörterung. In großen Gemeinden ist es ein lästiger Uebelstand, daß die ganze Gemeinde einen einzigen Abstimmungsbezirk bildet. Das erschwert und verlängert den Wahlakt namentlich in der dritten Abtheilung ganz ungemein. Die Bildung mehrerer Abstimmungsbezirke würde Abhülfe bringen, allein das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß diese nur dort gestattet ist, wo sie zugleich besondere Wahlbezirke bilden, wo also innerhalb dieses Bezirkes eine bestimmte Anzahl von Stadtverordneten, nicht die Gesammtheit der Stadtverordneten, gewählt wird. Der freisinnige Abg. Ehlers beantragte nun, daß die Bildung von Abstimmungsbezirken an Stelle oder innerhalb der Wahlbezirke gestattet sein solle. Der freikonservative Abg. Frhr. v. Zedlitz wollte dagegen die Bildung von Abstimmungsbezirken nur dort zugelassen wissen, wo bereits Wahlbezirke gebildet seien. Die Absicht war, einen Druck auszuüben, damit solche besondere Wahlbezirke gebildet würden. Wenn nur diese das Privilegium erhielten, die Wähler in mehrere Wahllokale zu vertheilen, so wäre das ein Anreiz überall dort, wo sie noch nicht bestehen, Wahlbezirke zu bilden. Die Bildung von Wahlbezirken ist aber ein sehr gefährliches Ding, weil sie die Handhabe bietet zu der bösartigsten Wahlkreisgeometrie. Deshalb war das Zentrum dagegen, so gern es die Zulassung von Abstimmungsbezirken, für die sich auch verschiedene Bürgermeister ausgesprochen haben, sähe. Bei der Abstimmung wurde der Unterantrag, daß Abstimmungsbezirke nur innerhalb der Wahlbezirke gebildet werden dürfen, mit Hülfe der Konservativen angenommen, der so geänderte Antrag Ehlers alsdann jedoch abgelehnt. Ohne Zweifel kommt die Frage im Herrenhause noch zur Erörterung, da die Bürgermeister sie wieder anregen werden.

Der Minister des Innern hat zu dem Kommissionsbeschlusse nicht bestimmt Stellung genommen. Er war noch nicht recht beruhigt wegen der „Demokratisirung“. Hoffentlich tritt die Beruhigung während der Osterpause ein.

CPC. Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

178. Sitzung vom 28. März.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Frhr. von Thielmann, v. Goßler, v. Podbielski, Tirpitz.

Die dritte Berathung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern (Gesundheitsamt) und zwar steht zunächst die Resolution Rembold (Zentr.) betr. Revision der Instruktion zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche vom 27. Juni 1895.

Abg. Werner (Antis.) beantragt, die Resolution mit dem Amendement Böckel heute von der Tagesordnung abzusetzen, da bei einer gründlichen Erörterung dieser für die Landwirthschaft hochwichtigen Frage die rechtzeitige Fertigstellung des Etats in Frage gestellt werden würde. Die Resolution könnte dafür in einer der ersten Sitzungen nach den Osterferien verhandelt werden.

Die Abgg. Rembold (Zentr.) und Müller-Sagan (frs. Vp.) schließen sich diesem Antrage an.

Die Resolution wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Etat des Reichsamts des Inner- wird bewilligt.

Ferner wurden noch von der Tagesordnung abgesetzt eine Resolution Brömel (frs. Vgg.) auf Ermittelung über die Wirkung der Zollfreiheit für Schiffsausrüstungsgegenstände und eine Resolution Bergmann (frs. Vp.) auf Ermittelungen über die Wirkungen des Saccharingesetzes.

Beim Militäretat erklärte Kriegsminister v. Goßler, er habe mit dem Feldpropst Maßnahmen vereinbart, um die Wiederkehr von Mißständen wie sie bezüglich der Kontrolle der Beichte in zweiter Lesung vorgebracht worden seien, unmöglich zu machen.

Beim Marineetat bemängelt Abg. Dr. Oertel (kons.), daß zwei nach Ostasien entsandte Schiffe mit amerikanischem Büchsenfleisch ausgerüstet worden seien. Wenn auch in manchen Kreisen der Marineverwaltung eine gewisse Vorliebe für die Politik der „offenen Hand“ zu herrschen scheine, so sei das doch gegenüber dem amerikanischen Büchsenfleisch durchaus nicht angebracht.

Staatssekretär Tirpitz erwiderte, die Beschaffung des Proviants sei Sache der Menageverwaltungen, und die Marineverwaltung habe keinen Anlaß gehabt, ihnen die Verwendung von Büchsenfleisch zu untersagen.

Abg. Dr. Oertel (kons.): Ich bedauere aufs Tiefste, die ablehnende Haltung des Herrn Staatssekretärs. Wenn erst das Fleischschaugesetz in Geltung sein wird, wird die Marineverwaltung nicht nur das Recht, sondern einfach die Pflicht haben, das amerikanische Büchsenfleisch zu verbieten, weil es nicht, wie das Gesetz verlangt, untersucht werden kann. (Befall rechts.)

Beim Etat des Reichseisenbahnamts fordert Abg. Graf Kanitz (kons.) die Aufhebung der Ausnahmetarife für den Kohlen- und Eisenexport.

Präsident des Reichseisenbahnamts Schulz erklärt, er habe auf Veranlassung des Reichskanzlers die Bundesregierungen ersucht, eingehende Ermittelungen über die Aufhebung der Kohlen-Ausfuhrtarife anzustellen. Die Ermittelungen der preußischen Eisenbahnverwaltung seien soweit gefördert, daß sie schon dem am 6. April zusammentretenden Landeseisenbahnrath zur Begutachtung vorgelegt werden sollten; jedenfalls hoffe Redner, daß es möglich sein werde, kurz nach Ostern eine Konferenz aller betheiligten Eisenbahnverwaltungen zur gemeinschaftlichen Erörterung der Frage einzuberufen.

Beim Postetat brachte Abg. Stöcker (wildkons.) die Auflösung des Postunterbeamtenverbandes zur Sprache und sprach die Erwartung aus, daß der Staatssekretär wenigstens die Gründung von Lokal- und Provinzialvereinen gestatten werde.

Staatssekretär v. Podbielski erklärte, er habe gegen Vereine und Verbände, die ihre Thätigkeit auf den Bereich ihres Oberpostdirektionsbezirks beschränkten, nichts einzuwenden.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Thielmann erklärte, den Beschlüssen des Reichstags in Sachen des Scheckverkehrs ständen so erhebliche finanzielle Bedenken entgegen, daß die verbündeten Regierungen sich die Entschließung darüber vorbehalten müßten, ob sie von der Befugniß, den Scheckverkehr einzurichten, Gebrauch machen sollten.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat des Reichsschatzamts, ebenso der Etat des Reichsstempelabgaben, des Bankwesens und eine Reihe kleinerer Etats.

Hierauf wird das Etatsgesetz in der Gesammtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die dritte Berathung des Etats erledigt.

Die zum Etat vorliegenden Resolutionen, welche sämmtlich schon in zweiter Lesung besprochen worden sind, werden angenommen.

Der Gesetzentwurf betreff. Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Ballestrem: Indem ich den Herren Kollegen ein frohes und gesegnetes Osterfest und gute Erholung während der Pause wünsche, schließe ich die Sitzung.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 24. April, 2 Uhr: (Uebereinkommen zwischen Deutschland und Oesterreich betreffend den Schutz des Urheberrechts, Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten).

Schluß 5¼ Uhr.

CPC. Landtags-Verhandlungen.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 28. März.

Eröffnung 11½ Uhr.

Dritte Berathung der Vorlage betreffend die Vermeidung von Doppelbesteuerungen.

(Bezüglich des ersten Theiles der Verhandlungen verweisen wir auf den telegraphischen Bericht in der gestrigen Abend-Ausgabe. D. Red.)

Aus der Berathung über die Doppelbesteuerung theilen wir mit die Bemerkungen des

Abg. Kirsch (Zentr.): Ich möchte einen Fall von Doppelbesteuerung zur Sprache bringen, der allerdings nur indirekt mit dem hier vorliegenden Gegenstand in Verbindung steht. Die Gemeinden sind befugt, Steuerverordnungen zu erlassen und darnach eine sogenannte Umsatzsteuer beim Verkauf oder Tausch von Grundstücken zu erheben. Liege von den zu vertauschenden Grundstücken das eine Grundstück in dieser, das andere in jener Gemeinde, so entsteht eine Art Doppelbesteuerung dadurch, daß hier die Gemeinde, wenn sie eine Umsatzsteuer erhebt, dieselbe bezüglich des in ihr belegenen Grundbesitzes erhebt. Liegen dagegen die Grundstücke, die vertauscht werden, in der selben Gemeinde, so wird die Steuer nur nach dem Werthe des einen dieser Grundstücke bemessen und erhoben. Es ist nicht abzusehen, warum wenn die Grundstücke in verschiedenen Gemeinden liegen und jede Umsatzsteuer erhebt, letztere Steuer hier höher ist, als wenn die zu vertauschenden Grundstücke in derselben Gemeinde liegen. Die Staatsregierung wird, wo sie derartige Steuerordnungen zu genehmigen haben wird, darauf Bedacht nehmen müssen, daß hier Abhülfe geschaffen wird. (Beifall.)

Die Vorlage wird hierauf unverändert angenommen.

Die Vorlage betr. die Entziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben wird auf Antrag des Abg. Kirsch (Zentr.) in dritter Lesung en bloc angenommen, ebenso die Vorlage betr. die Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengutsbildungen.

Es folgen Wahlprüfungen.

(Der Schluß des ausführlichen Berichtes folgt in der Abend-Ausgabe. D. Red.)

Das **Herrenhaus** nahm heute den Gesetzentwurf betr. Aenderung der Grenzen des Kreises Posen und des Kreises Schroda unverändert an und wandte sich dann dem Entwurf betr. Zwangserziehung Minderjähriger zu.

Die Vorlage wurde nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich bei der Frage, ob die Zöglinge auch in Korrigenden- und Landarmenanstalten untergebracht werden sollten. Oberbürgermeister Bender-Breslau war gegen eine solche Unterbringung und beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Der Antrag wurde aber abgelehnt.

Es wurde eine Resolution Mirbach angenommen, wonach im nächsten Jahre eine Vorlage betr. Erhöhung der Dotation an die Provinzen vorgelegt werden soll.

Minister Dr. v. Miquel wiederholte seine, in der Kommission abgegebene und von uns bereits mitgetheilte Erklärung, er könne nicht versprechen, daß eine Vorlage bereits in der nächsten Session kommen werde. Morgen Etatsberathung.

✧ Die Verhandlungen über die Flottenvorlage

wurden (wie schon telegraphisch gemeldet) in der gestrigen zweiten Sitzung der Budgetkommission des Reichstags fortgesetzt. Die Debatte behandelte zunächst in ziemlich ausführlicher Weise die Frage des Bedürfnisses einer Flottenverstärkung. Die Abgg. Bebel und Richter sprachen sich gegen die Bejahung des Bedürfnisses aus, während die Abg. Bassermann (ntl.) und Graf Stolberg (kons.) auf Grund des von den Vertretern der verbündeten Regierungen gestern mitgetheilten Materials die Bedürfnißfrage unbedingt bejahten. Namentlich der Abg. Bassermann konnte nicht scharf genug behaupten, daß nach den gemachten amtlichen Darlegungen gar kein Zweifel

---

1) 325

Olga's Irrthum.

Originalnovelle von Alex Ruth.*)

Der Referendar Karl Eichbach steht vor dem Wandspiegel in der dritten Etage des Hotels „Royal belge“ in Ostende und murmelt:

„Drei Treppen hoch und dafür fünfzehn Franken — parbleu! Das gibt eine kapitale Bresche in meine ohnehin derangirten Finanzverhältnisse. Freilich, Detten zahlt achtzehn und wohnt dafür eine Treppe näher der Mutter Erde. — Robler Kerl, der Detten! Schwerreicher Junge, ein bischen grob, aber er kann von mir lernen.“

Er dreht die Schnurrbartenden aufwärts und fährt sich dann einige Male hastig über das kurzgeschnittene, matte Blondhaar seines kugelrunden Kopfes.

„Bist 'n hübscher Kerl, Karl Eichbach“, fährt er in der Anrede an sein Spiegelbild fort, „die rechte Verve zum Schwiegersohn Papa Kommerzienraths! — Na, welche Amabalität gestern auf dem Kurhausball! Köstlich amüsirt — beinahe Sekt getrunken! — Unvergleichliche Hermine! Ich glaub' wahrhaftig, das Mädel kriegt mich! Kapitalspaß! Die gnädige Mama — pub, wie ungnädig! Na, wenn erst der Detten außer Schußlinie, dann kapituliren wir, nicht wahr, meine Gnädige! Parbleu, Karl Eichbach, an Muth hat's Dir nie gefehlt — also vorwärts! Gestern — na gestern war's pyramidal hübsch. Das flog ja nur so heran: „Herr Eichbach! — Verehrtester! aber“, und er schlug sich mit der flachen Hand vor die Stirne, „vor diesem vis-à-vis da rien blitzen sie alle ab! Ach, nur ein wenig mehr, als dieses brutale Nichts! Misere des Lebens!“

Er greift nach Hut und Stock, um zu gehen, wirft aber noch einen schnellen Blick durchs Fenster, noch früh genug, um Kommerzienrath Zähneke mit Frau und Tochter aus dem Portale seines Hotels treten zu sehen.

„Famose Leute“, erwog Eichbach im Hinuntergehen, „diese Kommerzienraths; wohnen erster — 27 Franken à Person pro Tag — na, und Goldtöchterchens wirklich echtes Brillantkollier — müssen enorm bei Kasse sein! Himmlische Hermine! Hübsches Mädel, — ergo, Karl Eichbach . . . .“

Auf Gummisohlen huschten die Kellner, die mit Gläsern beladenen Tablettes auf den gespreizten Fingern balanzirend, an ihm vorüber. Die Stubenmädchen, chambrières genannt, in ihrer anmuthenden Tracht, den schlichten schwarzen Kleidern, den breiten weißen Schürzen und großen blüthenweißen Steifhauben eilten geräuschlos von Zimmer zu Zimmer, immer höflich, immer dienstbereit in desto höherem Grade, als das Gold in dem Barometer der Generosität der „geehrten Herrschaften“ stieg.

Karl Eichbach stand dieserhalb in Verruf; aber wo er es an Trinkgeld fehlen ließ, fehlte es sicher nicht an liebenswürdiger Herablassung, und man ward stets unter sich einig, daß man bei dem „galanten Herrn“ ein „Auge zudrücken“ müsse.

An Freund Dettens Zimmerthüre vorbeikommend, öffnete Eichbach dieselbe und steckte den Kopf hindurch.

„Nu, Alter, machen wir mit?“

Sein Blick glitt dabei zur offenen Balkonthüre hinaus auf die belebte Digue.

Der Angeredete erhob sich ein wenig aus dem Armstuhl, in dem er mehr lag als saß, und eine Zigarette zwischen den Fingern hielt:

„Zu viel Sonne, zu viel Volk und zu wenig Interesse — geht nicht, Karl“, sagte er gähnend.

„Wenn ich Dir nun sage, daß Prinzeß Stephanie auf der Digue?“

„Sehr angenehm, aber laß mich in Frieden.“

„Schau doch nur einmal hinaus, Fritzchen; eine wahre Völkerwanderung des „Ewig Weiblichen“ in allen Variationen Goldpapier.“

„Kümmert mich nicht, lieber Karl.“

„Und Du weißt auch wohl nicht, daß die Zimmer gerade unter den Deinen von den Kommerzienraths bewohnt sind?“

„Na — und was weiter?“

„Was weiter?! Dickhäuter! Tochter noch zu haben, netter Käfer, — Auf Parole!“

„Dann habe sie doch!“

„Sehr lieb von Dir, vielleicht sagst Du mir auch, wie das gemacht wird“, erwiderte Eichbach pikirt, „übrigens da behaupte einer das Feld, wenn der Fritz Detten Korn schneiden will —“

„Er will ja nicht“, unterbrach ihn dieser schnell und legte sich wieder zurück.

„Je nun, den Frauen imponirt immer ein wenig Weiberverachtung und Grobheit. Das nennen sie „originell“. Nanu, Fritzchen, auf Komplimente bist Du ja nicht erpicht — aber Du und originell! . . . Nichts für ungut, stülpe Deinen Tropenhelm auf und komme mit!“

„Ich erkläre Dir hiermit zum fünften und letzten Male, daß Du mich in Frieden lassen sollst!“

„Des Menschen Wille ist sein Himmelreich; wundern sollte es mich indessen nicht, wenn Du auch Deine göttliche Vailleront auf der Digue fändest.“

„Geh' zum Kuckuck, lieber Karl!“

Lachend schloß der Eroberungssüchtige die Thür hinter sich und eilte, eine Operettenmelodie summend, die Treppe hinab.

Fritz von Detten erhob sich, eine kraftvolle Hünengestalt mit ernsten Gesichtszügen, kurzgehaltenem dunklem Vollbart mit hoher eckiger Stirne, darauf gleichsam die Ritterlichkeit und ehrliche Geradheit seines Wesens ausgeprägt stand.

Reicher Eltern Sohn, war die Sorge des Lebens ihm ferngeblieben. Trotzdem fand er am müßigen Leben keinen Gefallen, sondern schlug mit großem Eifer und natürlichem Selbstbewußtsein die Staatskarrière ein. Sein durchdringender Verstand und der reiche Besitz brauchbarer Geistesgaben ließen ihn an den Errungenen nicht Genüge finden. Er strebte nach Besserem mit der ihm eigenen Konsequenz, nach klarliegenden Zielen und Plänen.

So kam es, daß er bisher, wie er dem Drängen von freundschaftlicher und verwandter Seite gegenüber vorgab, zum Heirathen eigentlich noch keine Zeit gefunden und sich im Allgemeinen um das schöne Geschlecht wenig kümmerte.

Das Zeitungsblatt in der Hand trat er, nachdem sein lebenslustiger Freund gegangen, auf den Balkon hinaus und setzte sich nonchalant auf die Ballustrade. Brennend heiß lag die Sonne auf der Marquise über seinem Kopfe, und neugierige Sonnenstrahlen huschten über das Zeitungsblatt, das seine Aufmerksamkeit nicht mehr auf sich zog.

Unter seinem Ballon sluthete die Menge der Badegäste dahin. Ein Gewirr von Sprachen, Lachen und Flüstern, neckisches Rufen und Kinderjauchzen drang gedämpft zu ihm herauf. Das parlirte in allen Zungen, das schäkerte und winkte zu den Balkonen hinauf und sandte verschwiegene Grüße hinter das Blättergewirr der Altane und Lauben. Dort schreitet ein türkischer Würdenträger neben einem buntkarrirten Engländer, die koquette Französin, schwelgend in dem Vogelgezwitscher ihrer Sprache, neben der ernsten deutschen Reichsgräfin, ein spanischer Grande inmitten der Patriarchenfamilie Samuel — alle in bunter Folge zusammengedrängt, durch das Gewühl sich schlängelnd, in Gruppen beisammenstehend oder einzeln im dichtesten Gedränge — ein Stein des Anstoßes — oder auch an den runden Tischen, auf Klappstühlen oder unter der kühlen Ueberdachung der Strandkörbe.

Fritz von Detten beobachtete dieses Treiben eine Weile schweigend, aber seine Aufmerksamkeit wurde zeitweilig abgelenkt durch das Rauschen eines Frauenkleides auf dem unteren Balkon. Dann fiel auch ein klingender Gegenstand zu Boden, und ein Stuhl wurde leise gerückt. Schon begann Detten sich über dieses Bemerkbarmachen weiblicher Nähe — es stand bei ihm fest, daß dort unter ihm Niemand anderes, als das „gnädige Fräulein Kommerzienrath“ ihr Unwesen trieb — als diese letztere in Begleitung Karl Eichbachs sachen in dem Gewühl da unten auftauchte und dicht unter seinem Fenster vorbeikam. Sie wandte ihr ziemlich ausdrucksloses Gesicht empor und rief herrisch:

„Olga! Olga! Hören Sie denn nicht den armen Joko schreien? Geben Sie ihm doch seinen Zucker.“

Neugierig darauf, wer diese Papageien fütternde Jungfrau sei, schaute Detten zu dem Balkon hinunter — schaute länger, als ein flüchtiger Blick es erhe schte.

Was er sah, war indessen dazu angethan, seine Augen in stiller Bewunderung gefangen zu halten. Nahe der Balkonbrüstung saß eine schwarzgekleidete Dame über einer Stickerei gebeugt. Der sanft geneigte, von üppiger blonder Haarfülle umrahmte Kopf war unvergleichlich schön und ließ Dettens Blut heißer wallen.

Lautlos verschwand sie in den anstoßenden Gemächern, aus denen des häßlichen Joko Geschrei herdrang. Detten ließ sich schwer in seinen Armstuhl niederfallen, die Hand auf die Augen gelegt, um dies traumhaft schöne Bild festzuhalten

Wie war ihm doch? Hatte er nicht schon schöne Frauen in Fülle gesehen? Warum ließ ihn auch dieser Anblick nicht kalt wie sonst? Aber das war nicht Einbildung, leider nicht! Er fühlte es warm zum Herzen dringen, so eigen süß, daß er selbst nicht mehr darüber zu lachen vermochte. Er war sogar nicht mehr zu nüchternem Denken fähig. Hatte nun seine Stunde auch geschlagen? — Freilich, die mittägige Hitze erschlafft den Geist und stimmt das Herz auf einen gefährlichen Mollton. Und wie diese Olga ihr Köpfchen trug! — Einfach unnachahmlich!

Und dieser Idealgestalt muthete man zu, den gefräßigen Joko zu füttern! Daß sie der herrischen Aufforderung schweigend Folge leistete, gefiel ihm nicht. Das schien ihm der ganzen Entrüstung seines Gemüthes werth. Er wußte nun, daß sie in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu den Zähnekens stand — aber was kümmerte das ihn?

War er nicht ein Narr, daß er da saß und sich den Kopf darüber zerbrach, wer eine ihm völlig fremde Person sei.

(Fortsetzung folgt.)

*) Nachdruck verboten.

mehr an der Nothwendigkeit der unbeschränkten Annahme der Flottenvorlage bestehen könne.

Mehr als auffallend waren die Ausführungen des Abg. **Bebel**, welcher meinte, England brauche nur eine Schutzzollpolitik durchzuführen, um den wirthschaftlichen Wettbewerb mit Deutschland alsbald siegreich zu beendigen, worauf ihm von dem Abg. Freese-Bremen treffend entgegengehalten wurde, daß gerade eine schroffe Durchführung des Schutzzollsystems die wirthschaftlichen Kämpfe bis zum Unerträglichen verschärfen müsse. — Des Weiteren liefen die sehr ausführlichen Erörterungen des Abg. Bebel darauf hinaus, daß Deutschland von allen Seiten von Feinden umgeben sei, im Falle eines Seekrieges auf keinerlei Bundesgenossen rechnen dürfe, und daß deshalb auch jede Vermehrung der Schlachtflotte doch nichts helfe. Zur allgemeinen Heiterkeit führte der Abg. Bebel schließlich noch aus, daß, wenn je eine Verstärkung der deutschen Flotte gerechtfertigt werden könnte, eher noch eine Vermehrung der Auslandsflotte bewilligt werden müsse.

Auf Letzteres wurde ihm vom Abg. **Gröber** (Zentr.) entgegnet, daß Bebel mit sich selbst in Widerspruch gerathe, weil auch die Verstärkung der Auslandsflotte die Gefahr eines kriegerischen Konflikts mit auswärtigen Mächten vermehre und erhöhe. — Die Schilderung Bebels über die Gefahren eines künftigen Weltkrieges für Deutschland war im Grunde genommen, wie manche Kommissionsmitglieder unverhohlen äußerten, eine ungewollte Empfehlung der Flottenvorlage.

In einer sehr schiefen Lage präsentirte sich der Abg. **Richter**, welcher das Bedürfniß einer Verstärkung der Flotte nicht bestritt, aber die Vorlage wegen der in ihr enthaltenen Bindung ablehnen zu müssen erklärte, weil heute sich noch nicht entscheiden lasse, ob und wie viel Kriegsschiffe im Jahre 1906 und später gebaut werden müßten. Von Interesse war auch, daß der Abg. Richter bemerkte, er und seine politischen Freunde lehnten Marinebewilligungen auf eine längere Dauer als die nächsten Jahre ab.

Der Abg. **Gröber** (Zentr.) stellte hierauf in einer Entgegnung fest, daß Richter damit Bewilligungen auf mehrere Jahre zu akzeptiren sich bereit erklärt habe und, sowohl was die Verstärkung der Flotte, als was die Dauer der Bindung betreffe, sich diesmal im Prinzip zustimmend geäußert habe; Abg. Richter halte eine Vermehrung der Flotte für nothwendig, nur nicht in dem Umfange, wie die Regierungsvorlage; Herr Richter sei ferner auch mit einer Bindung auf mehrere Jahre einverstanden, nur nicht gleich auf ein Septennat, wie beim ersten Flottengesetz.

Der Abg. **Richter** ergriff hierauf noch einmal das Wort, um zu bemerken, daß er grundsätzlich an der einjährigen Bewilligung festhalte; eine Verstärkung der Flotte absolut für alle Zeiten abzulehnen, daran denke Niemand.

Vom Zentrum betheiligten sich die Abgg. **Müller-Fulda, Gröber, Prinz Arenberg** und **Roeren** an der Debatte. Der Abg. **Roeren** hob namentlich hervor, daß er ein Bedürfniß für die Vorlage nach dem bisher Gehörten zur Zeit nicht anzuerkennen vermöge. Er könne zur Zeit weder einer Vermehrung der Schlachtflotte noch einer Vermehrung der Auslandsflotte zustimmen. Die Vorlage enthalte insofern eine Bindung, als der Reichstag bei Annahme des § 1 in jedem folgenden Etatsjahre zu gewissen Bewilligungen verpflichtet sei.

Aus den Darlegungen der übrigen Zentrumsabgeordneten sind folgende Ausführungen hervorzuheben: Die Vorlage enthalte, wie ein Vergleich mit dem geltenden Flottengesetz beweise, keine Bindung; denn der § 1 Ziffer 3 des geltenden Flottengesetzes schreibe eine Frist vor, innerhalb welcher die bewilligte Flotte zu bauen sei, und der § 7 enthalte eine Bemessung der jährlichen Etatsbewilligungen zu diesem Zweck. Von alledem stehe in dem vorliegenden Entwurf nichts. Es fehle sowohl eine Anfangsfrist, als eine Endfrist für den Bau der neu vorgesehenen Kriegsschiffe. Ueber den ganzen Bauplan und dessen Kosten gebe nur die Motive der Regierungsvorlage Aufschluß. Diese Motive bilden aber nicht einen Theil des Gesetzes, nicht einmal eine Voraussetzung für die Annahme desselben. Der Reichstag hätte also im Falle der Annahme der Vorlage freie Hand, zu beschließen, in welchem Tempo und mit welchen Kosten der Bau der neuen Schiffe zu geschehen habe. Die neue Vorlage enthalte nur ein Programm, welches allerdings für die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands, insbesondere für die Bündnißfähigkeit Deutschlands von großer Bedeutung sei. Ob es im gegenwärtigen Augenblick nothwendig erscheine, ein solches Programm aufzustellen, werde sich nicht schon jetzt, sondern erst nach Prüfung des gesammten von den verbündeten Regierungen theilweise noch erst beizubringenden Materials entscheiden lassen. Der Inhalt dieses Programms bedeute im Grunde genommen nur die Schaffung eines weiteren Geschwaders, denn ein drittes Geschwader neben den im Gesetz von 1898 bewilligten zwei Geschwadern sei in den Küstenpanzerschiffen schon vorhanden, und daß die Küstenpanzerschiffe nach Ablauf ihrer Lebensdauer durch neue vollwerthige, der modernsten Technik entsprechende Kriegsschiffe zu ersetzen seien, könne auch ohne die Vorlage Niemandem zweifelhaft sein.

Gegenüber einer Anzapfung des Abg. **Bebel**, welcher bemerkte, daß das Zentrum offenbar die Schlachtflotte, aber nicht die Auslandsflotte bewilligen wolle, erwiderte der Abg. **Gröber**, daß die Entscheidung der dem Zentrum angehörigen Kommissionsmitglieder in dieser Frage noch nicht getroffen sei und daß, wenn diese Entscheidung bei der Berathung des § 1 der Vorlage getroffen werde, sie keineswegs der Stellungnahme der gesammten Zentrumsfraktion präjudizire.

Nach Schluß der die Bedürfnißfrage betr. Erörterungen wandte sich die Diskussion dem zweiten Haupttheil der Generaldebatte zu: Kosten der Vorlage und Deckung derselben. Auf einige einleitenden Ausführungen des Abg. **Müller-Fulda** theilte der Staatssekretär des Reichsschatzamts v. **Thielmann** eine Reihe von Zahlen über die voraussichtliche Steigerung der Reichs-Einnahmen mit.

Die Fortsetzung dieser Debatte, insbesondere über die Frage, ob und welche neue Steuern zur Deckung der Flottenkosten nothwendig sind, wurde darauf bis morgen vertagt, und zwar wurde von vornherein in Aussicht genommen, für den Fall, daß die Plenarsitzung des Reichstags ausfallen sollte, sowohl Vormittags als Nachmittags Kommissionssitzungen abzuhalten.

Deutschland.

* **Berlin**, 28. März. Der Kaiser hatte Vormittags eine Besprechung im Auswärtigen Amte mit Staatssekretär Graf **Bülow** und hörte im Schloß die Vorträge von Staatsminister Dr. v. **Miquel**, Staatsminister Freiherrn v. **Rheinbaben** und des Geh. Raths Dr. v. **Lucanus**. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebührenordnung. — Dem Herrenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher die Vertretung der evangelisch-lutherischen Kirche in der Provinz Hannover und der Bezirkssynodalverbände daselbst in vermögensrechtlicher Beziehung betrifft, auf Grund eines von der Landessynode angenommenen Kirchengesetzes. — Der Assistenzarzt Dr. **Dittmar**, der in dem Gefecht mit den Eingeborenen in Kamerun schwer verwundet wurde, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. — Die Flottenkommission, wie wir die Budgetkommission jetzt wohl nennen dürfen, hat heute die Debatte über den ersten Abschnitt der Fragen der Zentrumsmitglieder beendet und auch noch die Antwort des Reichsschatzsekretärs auf die Frage nach der Steigerung der Reichsausgaben bis zum Jahre 1920 entgegengenommen. Wiewohl der Reichstag bereits heute in die Ferien gegangen ist, will sie doch morgen noch eine Sitzung abhalten. Da sie diese mehr als gewöhnlich ausdehnen kann, hofft sie die allgemeine Debatte morgen abschließen zu können. Wenn nicht, so folgt Fortsetzung nach Ostern. Auf verschiedene Einzelheiten wird man überdies ja auch bei der Spezialberathung zurückkommen können. Ueber das schließliche Schicksal der Vorlage läßt sich natürlich aus den bisherigen Verhandlungen nicht viel entnehmen. Daß aber manche Leute ihr Urtheil schon fertig haben, versteht sich. Der „Vorwärts" behauptet, die Ausführungen der Zentrumsmitglieder in der ersten Sitzung hätten bei den Regierungsvertretern das Gefühl hoher Befriedigung erweckt. Bekanntlich haben die Zentrumsmitglieder gestern wie heute ausdrücklich erklärt, daß sie nur im eigenen Namen sprechen und der Fraktion völlig freie Hand vorbehalten. Ihre Ansichten gingen auseinander, wie auch die der Fraktion auseinandergehen, doch hofft man, daß diese im Plenum geschlossen auftreten wird. In den Reden der Abgg. Müller-Fulda und Gröber ist mehrfach angedeutet, auf welchem Wege man eine Verständigung versuchen wird. Die „Post" ägert sich über die Fragen des Zentrums, weil sie die Verschleppung beabsichtigten, bewundert aber zugleich das Geschick, womit die Zentrumsmitglieder ihre Anfragen nach dem spezifischen Interesse der einzelnen Parteien vertheilt hätten. Jedenfalls haben die Zentrumsmitglieder die Vorbereitungen für eine gründliche Klarstellung aller Fragen getroffen.

△ **Der Reichstag** führte am Dienstag die dritte Berathung des Etats zu Ende und vertagte sich dann bis zum 24. April. Die Erledigung der Etatsberathung wurde allerdings nur dadurch ermöglicht, daß drei Resolutionen, die voraussichtlich zu längerer Debatte Anlaß gegeben haben würden, von der Tagesordnung abgesetzt wurden.

* **Zum Fleischbeschaugesetz.** Die „Nordd. Allg. Ztg." nennt die Behauptung der „Rhein.-Westf. Ztg." und des „Westfalen", das Auswärtige Amt habe die Bewegung gegen die Kommissionsbeschlüsse zum Fleischbeschaugesetz veranlaßt, und es sei sogar ein vertrauliches Schreiben an die Handelskammern zum Schüren der Agitation ergangen — eine tendenziöse Erfindung. — Die Interpellation der Konservativen des Abgeordnetenhauses wegen des Fleischbeschaugesetzes ist jetzt eingegangen. Der Ministerpräsident wird gefragt, ob er Auskunft darüber geben wolle, wie er seinem in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. April 1898 abgegebenen Versprechen bezüglich der Fleischschau gegenüber den jetzigen Beschlüssen des Reichstages nachzukommen gedenke. Die Verhandlung über die Interpellation wird wohl sehr lebhaft werden.

* **Koloniales.** Nach einem heute eingetroffenen Telegramm des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun ist dort von den in deutschen Zeitungen verbreiteten Gerüchten über die angebliche Vernichtung der Expedition des Hauptmanns v. Besser und den Tod des Letzteren nichts bekannt. Wie der stellvertretende Gouverneur schon vor einigen Tagen telegraphisch gemeldet hat, ist die Expedition v. Besser nach den beim Gouvernement vorliegenden Nachrichten nicht gefährdet.

* **Braunschweig**, 28. März. Bei der Berathung des Antrags betreffend das Fleischbeschaugesetz im Landtage erklärte der Minister Hartwig, der Bevollmächtigte zum Bundesrath sei angewiesen, allen hygienischen Maßregeln für das in- und ausländische Fleisch zuzustimmen, aber den darüber hinausgehenden handelspolitischen, vom Reichskanzler als unannehmbar bezeichneten Anträgen seine Zustimmung zu versagen.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

Aus Lourenco Marques kam gestern Abend, nach Ausgabe der Abend-Nummer, die telegraphische Mittheilung des „Reuter'schen Bureaus", daß der Generalissimus der Buren, **Piet Joubert, gestorben** sei. Schon mehrfach in diesem Kriege ist Joubert fälschlich todtgesagt worden, doch tritt die Meldung diesmal mit solcher Bestimmtheit auf, daß man sie nicht von der Hand weisen kann. Selbstverständlich wurde der Tod Jouberts gerade in diesem Augenblicke ein schwerer Schlag für die Buren sein. Während der General im ersten Stadium des Krieges seine Thätigkeit auf den damaligen Hauptkriegsschauplatz in Natal beschränkte, sollte er gerade jetzt die Oberleitung über die sämmtlichen kriegerischen Operationen übernehmen und war hierzu von sämmtlichen Burengeneralen sicherlich auch der geeignetste. Er würde, wenn er den Anforderungen einer weitausschauenden, durchgreifenden Strategie auch nicht immer gerecht geworden ist, doch schwer zu ersetzen sein. — Piet Joubert hat übrigens auch politisch in seinem Vaterlande eine große Rolle gespielt und war u. A. bei der Präsidentenwahl des Jahres 1893 der Gegenkandidat Paul Krügers, der ihn nur mit geringer Mehrheit schlug. Der Hauptruhm „Slim Piets" liegt aber auf militärischem Gebiete, und abgesehen von den zahlreichen Kämpfen, die er siegreich gegen Eingeborene bestanden hat, werden seine Siege über die Engländer bei Laings Nek im Freiheitskriege Transvaals, sowie bei Glencoe, bei Nicholsons Nek und am Tugela in dem jetzigen Kriege unvergessen bleiben.

* **London**, 28. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Van Wyks Vlei (im Nordwesten der Kapkolonie) vom 27. März gemeldet: General Parsons ist gestern hier von der Avantgarde zurückgekehrt, welche die Aufständischen bekämpft. Er gab der Hauptkolonne den Befehl, heute aufzubrechen. Der Vormarsch war durch heftige Regengüsse verzögert worden, welche die Wege ungangbar gemacht hatten. Nach Meldungen, die hier aus Upington eingetroffen sind, ist der Führer der Aufständischen Steenkamp mit reichlich 800 bewaffneten Mannern in Upington. Die Aufständischen sind zum großen Theil mit Martini-Gewehren bewaffnet und haben genügend Munition. Die Wege sind noch immer schwer passirbar und man glaubt, daß auch das Ueberschreiten der Furt mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein wird.

* **London**, 28. März. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Lourenco Marques vom 26. März gemeldet: Die Johannesburger „Diggers News" melden, daß Kriegsamt in Pretoria habe Nachrichten vom 21. März erhalten. Hiernach seien die Generale Grobler und Olivier, welche kürzlich von Norval's pont und Stormberg in der Nähe von Thabanchu angekommen waren, genügend nach dem Norden vorgerückt, um der Sorge, daß sie abgeschnitten werden könnten, enthoben zu sein. Man erwartet, daß die Truppen, welche alle den südlichen Theil des Freistaats verließen, demnächst in Winburg ankommen werden. In einigen Tagen werden die Generale Grobler und Olivier sich mit dem General Dewet vereinigen. Dann werden die verbündeten Truppen dem Feldmarschall Roberts einen sehr ausgiebigen Widerstand leisten können.

* **Maferu**, 27. März. Nachdem die englischen Truppen unter Oberst Pilcher sich zurückgezogen hatten, besetzte eine starke Burenmacht, vermuthlich unter Olivier, Ladybrand wieder und nahm eine starke Stellung um Plaatberg und Modderpoort ein. Man glaubt, daß den Buren der Rückzug in der Richtung auf Kroonstad abgeschnitten und hält eine Schlacht für bevorstehend.

Die große Militärbefreiungsaffaire vor Gericht.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

S. u. H. Elberfeld, 28. März.

(Elfter Verhandlungstag.)

Der Andrang des Publikums ist heute stärker als je zuvor und der Zuhörerraum ist schon lange vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt. Der Präsident Landgerichtsdirektor Kiel eröffnet die Sitzung pünktlich um 9 Uhr und verliest folgendes an ihn gerichtete Telegramm: „Ersuche mich vorzuladen wegen Glaubwürdigkeit des Struckberg, damit niemand (Diebe) unschuldig bezeichnet. August Roll, Leipzig, Promenadenstraße 33."

Es werden dann die letzten Zeugen zum Fall Petry vernommen. Erster Aufseher des Militär-Untersuchungsgefängnisses in Düsseldorf Sergeant Brennesse bekundet, daß die Verwandten des Petry nur in seiner Gegenwart mit demselben gesprochen haben. In die Zelle sei die Frau Petry niemals mit ihrem Manne allein eingeschlossen worden. Petry habe sein Geständniß auf sein (des Zeugen) Zureden abgelegt.

Vertheidiger Rechtsanw. Kray: Ich habe noch eine Frage an den Zeugen zu stellen und bitte ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er die Antwort verweigern kann, wenn er sich dadurch selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen würde. Ich bitte, dem Zeugen die Frage vorzulegen, ob er Geld oder Geschenke von der Familie des Petry bekommen hat.

Präs.: Welchen Zweck soll diese Frage haben? Wollen Sie die Glaubwürdigkeit des Zeugen anzweifeln? Vertth.: Ja wohl; ich sehe mich zu diesem Schritt genöthigt, nachdem gestern dieser Schlag gegen meinen Klienten, Hotelier Ott, ausgeführt worden ist und im letzten Augenblick die Angaben des Petry hervorgetreten sind. — Präs.: Herr Vertheidiger, Sie haben doch schon gestern erklärt, daß Sie von dem Geständniß Kenntniß hatten. Vertth.: Sollte diese Frage nicht gestellt werden, so müßte ich die Aussetzung des Verfahrens beantragen, damit ich Gelegenheit habe, weiteres Entlastungsmaterial zu sammeln.

Zeuge Sergeant Brennesse (auf Befragen): Es ist gestattet, den Untersuchungsgefangenen Geld zu übergeben. Präs.: Die Frage lautet, ob sie mit Geld bestochen sind, die Leute gegen Ihre Dienstvorschrift zu Petry zugelassen. Zeuge: Nein, Herr Präsident.

Vertth.: Ich beantrage dann noch die Ladung der Ehefrau des Bahnbeamten Konrad Weber aus Düsseldorf. Ich lege dem Gericht aber nahe, Schritte zu thun, daß die Zeugin vorher nicht beeinflußt wird. Die andere Frau Weber (die Schwiegermutter des Petry) soll nämlich geäußert haben: Wenn diese Frau Weber als Zeugin erscheine, falle sie, ihre Tochter und Petry herein; sie würde, sobald sie von der Vorladung höre, selbst nach Düsseldorf fahren.

Vollziehungsbeamter Stade-Elberfeld: Er sei bei Petry im Gefängniß gewesen, als auch der Schwager desselben da war. Letzterer habe geäußert: Ott solle sich nur hüten, Petry noch mehr zu belasten, sonst würden die Familienangehörigen gegen Ott aussagen und ihn noch mehr „hineinreiten".

Vertth.: Der junge Weber hat gestern unter seinem Eid bestritten, daß er mit Petry über Ott gesprochen habe. Ich beantrage seine nochmalige Vorladung, um ihn dem Zeugen gegenüberzustellen. Präs.: Dann werde ich auch diesen Zeugen um 1 Uhr laden lassen, damit wir inzwischen in die Vorträge eintreten können.

Frau Petry hat bei ihrer gestrigen kommissarischen Vernehmung ausgesagt, daß bei ihren Besuchen bei ihrem Manne von Ott nicht die Rede gewesen sei.

Vertth. Rechtsanw. Kray: Ich bitte noch festzustellen, daß, entgegen der gestrigen Aussage des Sergeanten, Petry doch beim Rücktransport zum Bahnhof in seiner Wohnung gewesen ist.

Präs.: Der Sergeant war sofort nach Schluß der Sitzung bei mir und erklärte, daß Petry einen Augenblick am Bette seiner kranken Frau verweilt habe. Wenn er etwas anderes gesagt habe, so sei es in der Verwirrung geschehen. Der Fall Petry ist damit wohl einstweilen erledigt? Vertth.: Ich behalte mir jedenfalls vor, bei der Vernehmung der noch geladenen Zeugen nöthigenfalls weitere Beweisanträge zu stellen.

Präs.: Dann schließe ich einstweilen die Beweisaufnahme und ertheile dem Herrn Ersten Staatsanwalt das Wort.

Erster Staatsanwalt Jonen: M. H.! Wenn wir das große Interesse sehen, welches weite Kreise dieser Verhandlung entgegengebracht haben und welches sich fortdauernd erhalten hat, so müssen wir uns fragen: worauf begründet sich dieses große Interesse? Ich meine, daß die Personen der Angeklagten und die einzelnen Fälle das außergewöhnliche Interesse nicht rechtfertigen können. Aber man fühlt, daß es etwas anderes ist, was das öffentliche Interesse erregt: Es ist die Zuverlässigkeit der öffentlichen Einrichtungen zur Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine Grundlage des Staates. Weiter ist die allgemeine Wehrpflicht die gleichmachende Kraft im Staate, sie legt die gleichen Lasten auf alle Schultern, das Geld spielt bei ihr keine Rolle. Es fühlt daher jeder, daß ein systematischer Angriff auf die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Interesse des Einzelnen und der Allgemeinheit berührt. Wenn man nun geglaubt hatte, daß die Verhandlungen Enthüllungen bringen und Mißstände aufdecken würden, so ist diese Erwartung gründlich getäuscht worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Militärverwaltung in einer so sorgfältigen und humanen Weise gehandelt hat, wie keine andere Verwaltung. Die Oeffentlichkeit hatte ein Interesse zu erfahren, ob es eine Hinterthür gibt, die es ermöglicht, den Verpflichtungen des Militärdienstes zu entschlüpfen. Aber es hat sich ergeben, daß es das Werk eines Einzelnen war, der bestimmte, ihm allein bekannt gewordene Thatsachen auszunutzen verstand. Dagegen hat sich ergeben, daß die Militärverwaltung ihre Pflicht gethan hat. Man muß erstaunt sein, wie sie noch nach Jahren jeden Nachweis führen konnte und wie human sie die jungen Leute behandelt hat, indem jeder, bei dem nur der Verdacht eines Fehlers auftrat, zurückgestellt wurde. Der Prozeß hat das Gute gezeitigt, festzustellen, daß der ganze Prozeß lediglich auf die Person des Struckberg zurückzuführen ist, der durch die schlaue Ausnutzung der ihm bekannt gewordenen Thatsachen Geld zu verdienen trachtete. Wir haben es also nur mit der That eines Einzelnen und nicht mit öffentlichen Mißständen zu thun. Bevor ich auf die Sache selbst eingehe, muß ich noch zwei Bemerkungen allgemeiner Natur machen. Die allgemeine Wehrpflicht ist, wie schon betont, die Grundlage des Staates, ihre Ausübung wird daher von jedem als erste Pflicht betrachtet. Jeder, der sich ihr entzieht, wird mit dem Schimpf der Vaterlandslosigkeit behaftet. In Folge dessen hat der Staat jedes systematisches Zuwiderhandeln als etwas Ehrenrühriges zu verfolgen und abschreckend vorzugehen. Es ist auffällig und viel bemerkt worden, daß diese Vorfälle gerade in dem Bergischen Lande sich ereignet haben. In den Blättern ist schon auf einen früheren Fall hingewiesen worden, der sich hier in den fünfziger Jahren abspielte. Es war damals dem Landrath aufgefallen, daß so viele junge Leute vom Militärdienst freigekommen, er ging der Sache nach und es wurde aufgedeckt, daß es sich um fast matische Militärbefreiung handelte. Dieser Vorgang gab den Anlaß, daß erst eine Strafbestimmung in das Strafgesetzbuch aufgenommen w rde. Auch jetzt handelt es sich ausschließlich um das Bergische Land. Der Sitz bei diesen Militärbefreiungen ist Remscheid, bei dem noch schwebenden Verfahren Elberfeld. Es wäre aber falsch, zu sagen, daß die hiesige Bevölkerung zur Militärbefreiung neige. Ich betone, daß die bergische Bevölkerung nicht weniger geneigt ist, dem Vaterlande mit Gut und Blut zu dienen, wie anderwärts. Was aber hier aufklagegend war, ist, daß hier der Versucher in der Person des Struckberg und in der Person des Baumann wirkte. Ich nehme an, daß die Leute hier auf der Anklagebank nicht aus Vaterlandslosigkeit und Feigheit gehandelt haben, sondern das sie den Verlockungen des Struckberg und seiner Agenten Berger, Borlinghaus und Sackermann erlegen sind. Zunächst will ich auf die rechtliche Seite eingehen. Es gibt wohl wenige Bestimmungen im Strafgesetzbuch, die so selten Anwendung finden, wie § 143. Es ist das ein Beweis, daß solche Zuwiderhandlungen äußerst selten sind. Man hatte früher niemals gedacht, daß außerhalb des Militärdienstes oder schon vor der Gestellung Simulation vorkommen könne. Das preußische Strafgesetz kannte keine Strafbestimmung. Erst nachdem der eklatante Fall in der hiesigen Gegend ermittelt worden war, wurde 1855 eine Strafbestimmung eingefügt. Der Staatsanwalt erörtert dann eingehend die Frage der Anwendung der Strafbestimmungen. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung trifft § 143 nicht falsche Angaben, sondern es wird nur die Anwendung der auf Täuschung berechneten Mittel unter Strafe gestellt. Wir haben es hier mit Leuten zu thun, die vorher vorbereitet von dem Entschluß getragen waren, zu täuschen und freizukommen. Haben sie die Täuschung 1892 begonnen und 1895 beendet, so ist das eine fortgesetzte Handlung. Dieselben Bestimmungen treffen auf den Helfer zu. Seine Beihülfe kann erst von der Vollendung der That an zur Verjährung gelangen.

Der Schluß der Rede der Ersten Staatsanwalt sowie des Berichtes folgt in der Abendausgabe. Nach dem ersten Staatsanwalt sprach der Staatsanwaltschaftsrath Alberts, der vorwiegend die Schuld des Angeklagten Dr. Ziel nachzuweisen suchte.

Vorher war noch die Zeugin aus Düsseldorf zum Falle Petry vernommen, die über verschiedene Gespräche der Familie Petry berichtet. Der Zeuge Weber jun. erklärt, daß er sich einer Aeußerung zu dem Stade nicht erinnere. Sie habe auf seinen Schwager keinen Einfluß ausgeübt, damit derselbe gegen Ott falsch aussage. Es tritt dann eine Pause bis 4 Uhr ein. —

Nach dem Staatsanwaltsassessor Alberts nahm der Erste Staatsanwalt Jonen das Wort, um gegen die Angeklagten das Strafmaß zu beantragen. Dr. Ziel ist in sieben Fällen schuldig durch Ausstellung von Attesten und durch Rathschläge über die Anwendung von Medikamenten dem Struckeberg in der Ausübung seines Gewerbes wissentlich Beihülfe geleistet zu haben. Er hat Struckeberg die wirksamen Mittel geliefert zum ersten Schritt der Befreiung. Er hat gewerbsmäßig und aus Gewinnsucht gehandelt und das Vertrauen des Staates, der ihn als Arzt konzessionirt hat, mißbraucht. Mildernd kommt in Betracht seine Nothlage. Ich beantrage gegen ihn eine Gefängnißstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Ferner beantrage ich gegen ihn auf Verlust der Ehrenrechte zu erkennen, weil sein Verhalten ein ehrenrühriges ist. Gegen die drei Agenten Berger, Sackermann und Borlinghaus beantrage ich je ein Jahr sechs Monate Gefängniß und Ehrverlust, gegen Friedrichs, der seinen Sohn nöthig hatte und aus Nothlage gehandelt, drei Monate Gefängniß, gegen Drees sechs Monate Gefängniß. Bei Hüls bin ich der Ueberzeugung, daß er ein kranker Mensch ist und aus Noth dazu geschritten ist, weil er fühlte, daß er nicht dienen könne. Ich beantrage gegen ihn vier Monate Gefängniß, gegen den Vater drei Monate, gegen Putsch, der auch ein kranker Mensch ist und sich von der schweren Last des Dienens befreien wollte, vier Monate, gegen den Vater drei Monate, gegen Hönnekuvel Vater und Sohn je sechs Monate, gegen Blombach acht Monate, gegen Sieper Vater und die beiden Söhne, Ufer Vater und Sohn und Mühlhoff sechs Monate Gefängniß, gegen Garschagen Vater vier Monate Gefängniß. Bei Ott nehme ich an, daß er nicht aus unedlen Motiven seinen Schwager befreien wollte, er ist milder zu beurtheilen, gegen ihn beantrage ich vier Monate Gefängniß.

Der Vertheidiger des Angeklagten Dr. Ziel, Rechtsanwalt Dr. Graf ist erstaunt über das Strafmaß und daß überhaupt Verurtheilung beantragt ist. Es sei Dr. Ziel keine Schuld nachweisbar und er beantrage Freisprechung.

Die weiteren Plaidoyers der Vertheidiger wurden dann auf Donnerstag früh vertagt.

Das Urtheil wird voraussichtlich erst Montag Vormittag publizirt werden.

Rheinland und Westfalen.

1 **Aus dem Landkreise Kreefeld**, 29. März. Das Kgl. Proviantamt zu Düsseldorf hat seinen Bedarf an Hafer sicher gestellt und werden die Haferankäufe erst nach der neuen Ernte wieder aufgenommen werden.

n **Neersen**, 28. März. An Stelle des Eisenbahn-Stations-Vorstehers Herrn W. Graff, welcher nach St. Vith (Eifel) versetzt ist, übernimmt Herr Stationsvorsteher Gandt aus Geldern am 1. April d. J. die Verwaltung der hiesigen Bahnstation.

* **Solingen**, 28. März. An der hiesigen Realschule fand unter dem Vorsitze des Provinzialschulraths Dr. Buschmann die Reifeprüfung statt, der sich 29 Schüler unterzogen. 27 hiervon bestanden, 13 konnten von dem mündlichen Examen entbunden werden.

* **Bonn**, 28. Febr. Gestern sind hier vier türkische Militär-Aerzte eingetroffen, um sich in den hiesigen klinischen Anstalten weiter auszubilden. Es sind Schüler des Prof. Dr. Nieder, der bekanntlich in Konstantinopel die Medizinschule leitet. Wie die „Disch. Reichsztg." meldet, sollen die Türken später auch den praktischen Militärdienst erlernen und in deutsche Regimenter eingestellt werden.

* **Frankfurt a. M.**, 27. März. Gestern fand hier eine Zusammenkunft deutscher Fleischer- u. Bauernverbände statt, um über das Fleischbeschaugesetz zu berathen. Den Vorsitz führte Herr Fleischermeister Eitel (Düsseldorf). Nach eingehenden Besprechungen wurde der „Köln. Ztg." zufolge eine zehngliederige Kommission gebildet, welche zur Hälfte dem Fleischergewerbe, zur Hälfte dem Bauernstand angehört. Die gefaßten Beschlüsse finden in der nachstehend einstimmig angenommenen Resolution Ausdruck: „Die in Frankfurt a. M. am 26. März versammelten Bauern und Fleischer beschließen: Es ist mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß das Fleischbeschaugesetz und zwar nur in der Form, die es in der zweiten Lesung des Reichstages erhalten hat, vom Reichstag auch in dritter Lesung angenommen wird. Sollte sich das Gesetz in dieser Form nicht erreichen lassen, so ist ebenso energisch darauf hinzuwirken, daß das Gesetz zu Fall gebracht werde. Nach Ablehnung des Gesetzes ist durch Eingaben an den Bundesrath und durch Interpellationen an die Einzellandtage ein Einfuhrverbot von Wurst und Büchsenfleisch seitens des Deutschen Reiches zu verlangen. Die bestehenden Schlachthausgesetze und diesenigen Gesetze und Verordnungen, die eine Fleischbeschau für deutsches Vieh und deutsche Fleischwaaren regeln, sind daraufhin einer Prüfung zu unterziehen, inwieweit eine unnöthige Verheuerung des heimischen Fleisches und der heimischen Fleischwaaren durch die Art der Kontrolle herbeigeführt wird und ob und warum in ihnen zum Nachtheil der Gesundheit des Publikums eine gleichwerthige Kontrole ausländischer Fleischprodukte nicht vorgesehen ist. Aus den Mitgliedern der versammelten Vereinigungen wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die auf Grund der stattgehabten Verhandlungen vorstehende Beschlüsse mit einer eingehenden Begründung sämmtlichen Mitgliedern der deutschen Volksvertretungen übermitteln und weitere Schritte so bereitet, welche geeignet sind, die oben gesteckten Ziele zu erreichen."

* **Mainz**, 28. März. Heute früh stieß ein Güterzug auf der Station Mannheim auf einen im Geleise stehenden Güterwagen, wodurch ein Bremser getödtet, ein anderer verletzt wurde.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

* **Berlin**, 28. März. Bischof v. Anzer wurde, wie man der „Köln. Volksztg." meldet, heute vom Kaiser in Audienz empfangen.

W **Paris**, 28. März. Graf Vincent Benedetti, der frühere Botschafter in Berlin, ist heute Morgen um 10 Uhr gestorben. Er stand im Alter von 83 Jahren. Seit dem Kriege von 1870 ist er nicht mehr politisch oder diplomatisch hervorgetreten.

Zur Weberbewegung.

* **Hochneukirch**, 27. März. Sämmtliche Weber und Weberinnen der Firma H. J. Brunner haben laut „Rh.-Westf. Ztg." die Kündigung eingereicht. Sie forderten eine Lohnerhöhung, welche die Firma ablehnte, da sie erst im vorigen Jahre eine Aufbesserung der Löhne vorgenommen hat.

Lokales.

** **Krefeld**, 29. März. Der Oberbürgermeister macht bekannt, daß das Stadtbad vom 1. April an Vormittags von 7 bis 1½ Uhr und Nachmittags von 3 bis 8½ Uhr geöffnet ist; an den Sonntagen Vormittags von 8 bis 11 Uhr.

** **Krefeld**, 29. März. Am 2. April cr., Nachmittags 4 Uhr findet im Kreishaus hierselbst eine Kreistags-Sitzung statt.

** **Krefeld**, 29. März. Wir werden ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß das Sommersemester im Konservatorium der Musik am 1. April beginnt. Anmeldungen müssen daher bis spätestens Samstag, den 30. März, erfolgen, da der Unterricht für die neuangemeldeten Schüler am Montag, den 2. April beginnt.

** **Krefeld**, 29. März. In dem Lesezimmer der Stadtbibliothek liegen zur Zeit die für den kommenden Sommer ausgegebenen Vorlesungsverzeichnisse der Universitäten zu Berlin, München und Leipzig und der benachbarten Hochschulen zu Bonn und Münster aus. Die Verwaltung ist gerne bereit, noch andere solcher Verzeichnisse kommen zu lassen; inzwischen sei, wer sich über irgend eins unserer oder der ausländischen gelehrten Institute unterrichten will, auf den neuesten Jahrgang der „Minerva" aufmerksam gemacht, der ebenso wie Dahlus „Bibliographisches Jahrbuch der deutschen Hochschulen" und der letzte Jahrgang von Kürschners „Deutschem Litteratur-Kalender" zur Handbibliothek des Lesezimmers gehört.

** **Krefeld**, 29. März. In der am Freitag, 30. dss. Mts., Abends 8½ Uhr stattfindenden Schlußsitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins wird Herr Oberlehrer L. Schwab einen Vortrag über „Das Gewitter" halten. Im Versammlungslokale ist eine Sammlung von 40 dem Verein geschenkten Photographien aus Sumatra (Medan-Deli) ausgestellt.

** **Krefeld**, 29. März. Von zuverlässiger Seite geht uns die Nachricht zu, daß der 22 Morgen umfassende Besitz von Straters-Erben an der Oberdießem von einem auswärtigen „Konsortium" erworben worden ist.

Der Brückenbau bei Ruhrort.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist über den Brückenbau bei Ruhrort das Urtheil in der Weise gefällt worden, daß bezüglich der Petition der Handelskammer Ruhrort, es möge die Bewilligung der Geldmittel für den im Etat vorgesehenen Bau der Haupteisenbahnstrecke Osterfeld-Hamm von der Erbauung einer Eisenbahnbrücke Ruhrort-Homberg abhängig gemacht werden, Uebergang zur Tagesordnung beschlossen wurde. Nachdem somit auch dieser letzte Appell an die Volksvertretung gescheitert ist, muß als feststehend erachtet werden, daß die projektirte neue Eisenbahnbrücke über den Rhein nicht bei Ruhrort, sondern weiter nördlich ihren Standort finden wird.

Die Nothwendigkeit zum Bau eines weiteren Rheinüberganges auf der Stromstrecke Duisburg-Wesel in Verbindung mit der Schaffung eines neuen großen Verkehrsweges nach dem Westen ergab sich aus der Ueberlastung der Duisburger Brücke und aus dem ungeahnten Aufschwung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Dieß und der Umstand, daß obwohin die Errichtung einer festen Rheinbrücke Ruhrort-Homberg für den Wagen- und Fußgängerverkehr beschlossen und der Genehmigung sicher war, gaben der Handelskammer zu Ruhrort, sowie den anwohnenden Interessenten erneuten Anlaß, kräftig den Bau einer Eisenbahnbrücke bei Ruhrort zu betreiben, d. h. mit anderen Worten zu beantragen, daß der neue Eisenbahnübergang bei Ruhrort errichtet und die dort projektierte feste Brücke für den Eisenbahnverkehr ausgebaut werde.

Der in Rede stehende Antrag wurde mit gutem Grund gestellt, denn ein Blick auf die Landkarte genügt, um klar zu erkennen, daß in dem Eisenbahnnetz des Niederrheins bei Ruhrort eine Lücke klafft. Es hat offenbar von Beginn an im Rahmen der Eisenbahnprojekte hiesiger Gegend gelegen, den beiden Bahnstrecken Krefeld-Homberg und Ruhrort-Oberhausen durch den Bau einer Eisenbahnbrücke Homberg-Ruhrort als eines unerläßlichen Verbindungsgliedes sozusagen den Schlußstein einzusetzen und auf diesem Wege nicht nur eine Ueberleitung und Auslösung der wirthschaftlichen Interessen beider Rheinufer herbeizuführen, sondern auch eine durchlaufende Verkehrsroute nach dem nördlichen und östlichen Deutschland herzustellen. Leider ist die Verwirklichung des so nothwendigen Schlußprojektes, wie seither stets durch widrige Verhältnisse, so auch diesmal wieder durch die Entscheidung des Herrn Mini ers und das Votum der Kammer auf unberechenbare Zeit hinausgeschoben worden.

Die Begründung zu der ablehnenden Haltung der Regierung ist bereits bei früherer Gelegenheit bekannt gegeben und jetzt im Abgeordnetenhause durch den Herrn Minister ebenfalls skizzirt worden. In dem Bestreben, eine bequeme befahrbare, hauptsächlich dem Gütertransport dienende Verkehrsstraße nach dem Westen anzulegen, hält man es für nicht zweckmäßig, diesen Transportweg über die stark belasteten Bahnanlagen des alten Industriegebietes, mit Ueberschreitung des Rheines bei Ruhrort zu führen, sondern man will vielmehr das nördliche, neu erstehende Kohlen- und Industriegebiet benutzen. Ferner sprechen lokale Schwierigkeiten mancherlei Art mit; dazu gehören die Bedenken, welche gegen die Neubelastung des Eisenbahn-Defilés bei Ruhrort erhoben werden, die dort erforderliche große Spannweite zwischen den Brückenpfeilern, und die starke Kurve vor Einmündung in die Station Homberg.

Die Gründe des Herrn Ministers sind von der Handelskammer Ruhrort in ausführlicher und wie uns dünkt zutreffender Weise widerlegt worden. Was die lokalen Schwierigkeiten betrifft, so stehen hierüber neben statistischem Material die Gutachten von Sachverständigen zu Gebote, welche die Verhältnisse in ganz anderem Lichte erscheinen lassen. Hinsichtlich der Ueberleitung durch das nördliche rheinisch-westfälische Industriegebiet aber wird ausgeführt, daß nachdem einmal die Linienführung Osterfeld-Hamm gewählt worden sei, es nichts mehr verschlage, nunmehr die Fortsetzung in den schon vorhandenen Strecken Osterfeld-Neumühl-Ruhrort rechtsrheinisch und Homberg-Krefeld linksrheinisch zu suchen. Die beiden Strecken seien unter den jetzigen Verhältnissen nicht nur nicht belastet, sondern vielmehr im Verhältniß zu ihrer Leistungsfähigkeit nur mäßig frequentirt. Da es ferner für die Erschließung der in Betracht kommenden niederrheinischen Distrikte gleichbedeutend sei, ob über Ruhrort oder weiter nördlich die Verbindung nach Westen hin gesucht werde, so fehle schwerer Anlaß, neue Wege zu suchen und die bedeutenden Kosten hierfür zu tragen. Trotzdem ist der Herr Minister in seiner Entscheidung festgeblieben und nun auch durch das Abgeordnetenhaus unterstützt worden.

Durch den Gang der Dinge wird am meisten betroffen die Stadt Ruhrort, und es ist allerdings höchst bedauerlich, daß dieser wichtige Hafen- und Industrieplatz nach wie vor auf eine Sackbahn angewiesen bleibt. Die Unzulänglichkeiten bei dem Rheinübergang bei Ruhrort haben von Beginn des Bahnverkehrs an bestanden und sind um so fühlbarer geworden, als mit 1884 auch die Gütertrajekt-Anstalt zwischen Ruhrort und Homberg aufgehoben worden ist. Das Fehlen einer geeigneten Verbindung Ruhrorts mit dem linken Rheinufer wird für Ruhrort nicht nur hinsichtlich des Durchgangsverkehrs, sondern auch des Lokalverkehrs mit den umliegenden, landschaftlich hochentwickelten Gebietstheilen sehr störend bemerklich und macht die Situation geradezu unhaltbar. So sehr auch anzuerkennen ist, daß eine zielbewußte staatliche Eisenbahnpolitik in erster Linie auf plawollen, die Interessen der Allgemeinheit obenan stellenden weiteren Ausbau des aus dem Privatbahnregime übernommenen Eisenbahnnetzes gerichtet sein muß, so vermögen wir doch die Notwendigkeit nicht einzusehen, daß hierbei ohne zwingende Gründe die thunlichste Schonung und Berücksichtigung örtlicher Bedürfnisse und unter dem früheren Regime angebahnter Verkehrsentwicklungen außer Acht gelassen werden. Wo aber vollends wie hier gleichzeitig mit den Interessen der Allgemeinheit auch den lokalen Bedürfnissen einer in ihrer weiteren wirthschaftlichen Entwickelung durch die bestehenden Zustände gehemmten und gefährdeten Gegend gedient werden kann, da würde es ein Akt weiser und gerechter Verkehrspolitik gewesen sein, die von altersher übernommenen, sozusagen verbrieften Rechte in Rücksicht zu ziehen.

Neben den Interessen der Gemeinde Ruhrort fallen die Nachtheile, welche den sonst noch in Betracht kommenden Anwohnern durch die Verlegung des Brückenprojektes nordwärts erwachsen, geringer ins Gewicht. Nur bei unserem vaterländischen Lokalinteresse zu verbleiben, so ist es entgegen der Meinung des Herrn Ministers sehr wohl verständlich, weshalb Krefeld das Vorgehen der Handelskammer zu Ruhrort nach Kräften unterstützt hat. Durch den Bau der Eisenbahnbrücke bei Ruhrort würde zunächst die für Krefeld bedeutsame Strecke nach Homberg erst zu ihrer eigentlichen Bedeutung gekommen sein. Diese Route würde sodann einen neuen direkten Verkehrsweg nach dem Norden und Osten Deutschlands und nach Westen zu über Krefeld hinaus nach Frankreich und Belgien ergeben haben. In unserem diesseitigen Verkehrswesen aber ist das Schwergewicht darauf zu legen, daß unsere Stadt zum Ueberleitungspunkt durchgehender internationaler Routen ausersehen und ihr dadurch auch in eisenbahnverkehrlicher Beziehung ein zentraler Charakter verliehen wird, wie er ihr in wirthschaftlicher Beziehung längst geworden ist. Durch die gegenwärtige Entwickelung der Brückenfrage sind unsere Hoffnungen diesmal im Mittelpunkte einer sich anbahnenden Ausgestaltung des Verkehrsnetzes Stellung zu finden, wiederum erheblich abgeschwächt worden. Wir können uns der Empfindung nicht ganz entschlagen, daß sich nordwärts unserer Stadt eine Verkehrsentwickelung vollzieht, bei welcher Krefeld abseits zu liegen kommt. Es läßt sich zur Zeit noch nicht ermessen, welche genaue Lage die neue Eisenbahnbrücke erhalten wird und welche neuen Bahnstrecken projektirt sind. Hocht bedauerlich aber und von nachtheiligster Wirkung für Krefeld würde es sein, wenn vor den Thoren unserer Stadt, wie dies schon so oft geschehen ist, eine bedeutsame internationale Route vorübergeführt würde. Das Exempel wäre nicht neu, denn schon vor längeren Jahren ist uns mit dem Bau der Düsseldorfer Brücke rheinaufwärts bei Hamm statt rheinabwärts in der Gegend der neuerbauten Brücke der Rheinischen-Bahngesellschaft die bedeutsamste Verkehrsroute nach dem Westen über Düsseldorf verloren gegangen, wodurch der Grund zu den tief beklagenswerthen Eisenbahnverhältnissen Krefelds gelegt wurde. Hoffen wir, daß diesmal der in Vorbereitung befindliche neue Verkehrsweg zu uns führt und über Krefeld in die bestehenden Bahnstrecken nach dem Westen weiterleitet. Diese Zuleitung aber dürfte nicht in der Weise erfolgen, daß etwa eine Ueberleitung von der neuen Brücke in die in Ausführung begriffene Strecke Trompet-Gleve eingerichtet und auf solchem vielwinkligen Wege Krefeld angeschlossen wird; die Verbindung mit der Brücke muß vielmehr in gerader Route hergestellt werden, wenn nicht als ausschließliche Strecke so doch in der Gabelung, wobei die andere Abzweigung von der Brücke aus nordwestwärts zu legen wäre. In diesem Falle würde der Verlust der Rheinbrücke für uns speziell ersetzlich sein und der Hauptvortheil, den wir von der neuen Brücke erwarten, gleichwohl bestehen bleiben: das ist eine geregelte Verbindung mit dem rechten Rheinufer und mit dem Norden und Osten Deutschlands.

Handel und Verkehr.

* **Zur Geschäftsgebahrung des Kohlen-Syndikats** schreibt die „Köln. Volksztg.": In den Verträgen, welche das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat mit den Käufern abschließt, ist u. a. bestimmt, daß das erstere das Recht hat, in solchen Fällen, in denen die Käufer einen Theil ihres Bedarfes bei Zechen, welche dem Syndikat nicht angehören, decken, entweder die Preise nach Gutdünken zu erhöhen, oder aber die Weiterlieferung einzustellen. Von dieser Bestimmung, die einer Boykottirung der nicht syndizirten Zechen verzweifelt ähnlich sieht, macht das Syndikat selbst jetzt noch Gebrauch, wo es erwiesenermaßen nicht in der Lage ist, seinen Lieferverpflichtungen voll nachzukommen! Mit Rücksicht auf diese Bestimmung wagen es, trotz des großen Brennstoffmangels, viele Verbraucher nicht, wegen Deckung ihres Bedarfes an außerhalb des Syndikats stehende Zechen, oder an das Ausland sich zu wenden. Diese Furcht vor einer etwaigen Boykottirung hat, wie wir soeben hören, auch die rheinisch-westfälischen Ziegeleien, die ganz besonders unter Kohlenmangel leiden, bis jetzt abgehalten, dem angeregten Plane wegen gemeinschaftlichen Einkaufes fremder Kohlen näherzutreten. Jeder unparteiisch Urtheilende wird im Hinblick auf einen derartigen Eingriff in den freien Willen des Einzelnen einräumen müssen, daß die jüngsten Bobreden der Preise auf das Kohlensyndikat sonderbar sich ausnehmen, und daß es hohe Zeit ist, im Kohlengeschäft eine gründliche Aenderung herbeizuführen.

Berlin, 28. März.

Wechselkurse.

Wien	8 Tage	84.15	Kopenhagen	8 Tage	111.90
	3 Monate	83.55	Petersburg	8 Tage	215.20
Madrid	14 Tage	62.30		3 Monate	212.50
	60 Tage	—	Warschau	8 Tage	215.00

Weitere **Wechselpreise** siehe Börsentelegramm in der gestrigen Abendausgabe.

Ausländische Wechselpreise.

* Antwerpen 28. März. Wechsel. Deutsche Bankplätze kurz 123.20
London kurz 25.19½ 25.25½ Check London, Mittelkurs 25.25½
Check Paris 100.15 @. 100.30 B. Auszahlung Deutschl. (Reichsbank-Giro) 123.20. Deutschland 3 Mt. 123.25. Privat-Diskontsatz 3½ Proz.
* Wien, 28. März. Devisen. Deutsche Plätze 58.65. Marknoten 58.64
* Rom, 28. März. Wechsel auf Berlin 131.50.
* Mailand, 24. März. Wechsel auf deutsche Plätze, lang. 131.55. auf Paris, lang. 105.90.
* Paris, 28. März. Deutsche Plätze 121½.
* Madrid, 28. März. Wechsel auf Paris 775.00. Gold-Aufgeld 42.
* Petersburg, 28. März. Wechsel auf London 3 Monate 94.00 Paris 3 Monat 37.30 Berlin 3 Monat 45.75. Check Berlin 46.30
* London, 28. März. Deutsche Bankplätze 20.76. Wien 12.60
Petersburg 24¹⁵/₁₆. Paris 25.45

Peters & Co.

Aktienkapital M. 15,000,000. Reserve M. 2,650,000. Krefeld, 28. März.

Wechsel.		Brief	Geld	Geld-Kurse	Nehm.
Amsterdam	100 Gulden	k. S.	168.75	168.35	Souvereigns	20.42
Rotterdam		2 M.			englische Noten	20.44
Antwerpen	100 Frc.	k. S.	81.20	80.90	20-Frc.-Stücke	16.20
Brüssel		2 M.			5-Frc.-Stücke	4.00
Venedig	1 L.	k. S.	20.48	20.44	franzöl. Noten	81.00
do.	1 L.	2 M.	—	20.25	belgische „	80.90
Paris	100 Frc.	k. S.	81.35	81.05	holländ. „	168.40
do.	100 Frc.	2 M.			amerikan. Gold	4.18
Italienische Plätze		k. S.	76.25	75.65	do. Noten	4.10
do.	do.	2 M.			österreichisch. „	84.10
Schweiz. Pl.	100 Frc.	k. S.	80.65	80.35	schweizerische „	80.30

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.
Annahme von Depots unter abgeson Verschluss des Besitzers: „Safes".
Unentgeltliche Auskunft über alle Werthspapiere.
Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine.
Kontrole der Auslosung.
Anlegung guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Konti, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.
Verwaltung von Werthspapieren Dokumenten aller Art und Aufbewahrung von Werthgegenständen.
Wir nehmen in jeder Höhe Spareinlagen an mit Verzinsung bis auf Weiteres bei jährlicher Kündigung zu 4½ Proz., bei neunmonatlicher Kündigung zu 4 Proz., bei sechsmonatlicher Kündigung zu 3½ Proz., bei dreimonatlicher Kündigung zu 3 Proz., bei 1täglicher Kündigung zu 2½ Proz.
An- und Verkauf von Werthspapieren zu vortheilhaften Bedingungen.
Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutscher Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Geldwechsel.

Seide.

* Krefeld, 28. März. Bericht der Seidentrocknungs-Anstalt. Es sind heute zur Kondition gekommen 32 Kvs. 2453 ungor. vom 1. bis 26. März 630 Kvs. 45 392 Kls. Total: 662 Kvs. 47 845 Kls.

Baumwolle.

* Bremen, 28. März. Upland. middl. gestrichen 52 Pfg.
* Havre, 28. März. Baumwolle, Nov. 61½ Frc.

Viehmärkte.

* Dinslaken, 27. März. Viehmarkt. Aufgetrieben 963 Stück Rindvieh. Preise hoch. Handel schleppend. — Schweine mittelmäßig. 574 St. aufgetrieben. Handel flau. Fettschweine 250-300 M. Saugschweine 300-350 M. die Altenbrunswicht, fette Schweine 36-38 M. die 50 Kilo Lebendgewicht. Nächster Markt: 3. u. 10. April.
* Dortmund, 28. März. Zucht- und Nutzvieh-Markt. Aufgetrieben 412 tragende und frischmilchende Kühe und Rinder, etwa 513 Schweine, wegen Herbst und 20 Pferde. Zu Anfang war der Handel schleppend bei gedrückten Preisen, es verblieb ein Ueberstand zum Theil. Am Schweinemarkt war das Geschäft allerdings langsam, auch hier verblieb großer Ueberstand. 6-Wochenferkel 150-200 per Woche, vierteljährige Halbschweine 22-28 M., halbjährige 38 bis 44 M. per Stück. Mastgänse und Enten. Nächster Markt: 4. April.
* Büttig, 27. März. Pferdemarkt. Aufrieb 405 Stück. Handel lau. Schwere Zugpferde 1200-1900 Mrc., mittlere 650-1000 Mrc., Arbeitspferde 550-650. Fohlen 100-375 Mrc.

Frucht- und Viktualienmärkte.

* Mainz, 28. März. Getreide. Weizen, 1. Qual. 15.00 @ 15.30 M. 14.80 M., Roggen 1. Qual. 14.30 M., 2. 13.50 @ 12.80 M. Hafer 14.00. Gerstepreise 2.50-3.30 M., Heu per Ztr. 3.20-3.70. Kartoffeln per Kilo 10.00. Kleeheu per Ztr. 3.00. Strohpreise per 500 Kilo 10.00. Kleestroh 13.00 M. Kalbfleisch per 100 Kilo 100.00 M., 2. Qual. 00.00 M. Rindfleisch per 100 Kilo in Portionen von 100 Ztr. 58-25. Rindfleisch per 100 Kilo Schweine 59.75, geräuchertes Fett per 100 Kilo 3.00 M. höher als Rindfl. Preiskurs per 1000 Kilo 106 M. Eier per 50 Kilo 5.50 M. Butter per Kilo 2.20 M. Eier per Stück 2.15 M.
* Magdeburg, 28. März. Zuckerbericht. Kornzucker 88% 11.00-11.20. 75% 9.60-8.95. Brodraffin. I 24.25. Brodraffin. II 24.00. gem. Raffin. mit Faß 24.12½-24.50. gem. Melis I mit Faß 23.62½ bis 00.00. Rohzucker I Produkt Transito f. a. B. Hamburg März 10.17½ bez., 10.22½ Br., April 10.20 bz., 10.17½ Gd., Mai 10.27½ Br. 10.25 Gd., Aug. 10.45 bz., 10.47½ Br. Okt.-Dez. 9.52½ Gd., 9.55 Br.

Meteor. Station Krefeld (Kgl. Fürbereitschule) 29. März.

Barom. reduz. auf 0° C.	Wind-richtung	Wind-stärke	Bewölkung	Niederschlag in 24 St.	Temperatur Celf. Maxim.	Celf. Minim.	Wind und Wetter um 8 U. Morg.	Wetter um 12 U. Mittag.	Wetter um 8 U. Abends
750	SW	2	—	—	1°	1°	Maximum		
746	SW	4	—	—	5°	4°	6°	5°	SW 2
750	SW	0	—	—	3°	2°	Minimum		NW 1
751	S	4	—	—	0°	0°	2°	1°	SO 2

Temperatur-Minimum in vergang. Nacht −1° Celf. (−1° Reaum.)

Wetterbericht der Deutschen Seewarte
vom 28. März.

Der Luftdruck ist gleichmäßig vertheilt, am höchsten über Rußland und Schweden, am niedrigsten über Südengland, wohin ein Minimum von Nordwesten der seit gestern Abend vorgedrungen ist. In Deutschland, wo vielfach Schnee gefallen ist, dauert das kalte, im Nordwesten vorwiegend heitere, sonst meist trübe, ruhige Wetter fort.

Für den Inseraten- und Reclametheil verantwortlich: J. Keller.

Linde's Essenz ist jeder praktischen Hausfrau dringend zu empfehlen, denn man kann durch ihren Gebrauch an Bohnenkaffee sparen. 8405

Ueberall zu haben.
Sarg's **Kalodont**
Anerkannt bestes Zahnputzmittel.

Gerichtlicher Verkauf.
Am Samstag, den 31. März, Vormittags 9½ Uhr, werde ich in dem Hause **Rheinstraße 132** hier:
Wirthstische, Binsenstühle, Mantel- und Fallofen, Kronleuchter, Gaslyren, Garderobehalter, Regulateruhr, Spiegel, Fensterdraperien u. Vorsätzer, Rolleaux, Restaurationsherd, Küchenschrank, 1 Partie Porzellan- und Glassachen, sowie Messer, Gabeln, Löffel rc.
meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
Der Verkauf findet bestimmt statt.
Zimmermann, Gerichtsvollzieher in Krefeld.

Gerichtlicher Verkauf.
Am Freitag, 30. März cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Restaurant „Reichshalle", Westwall- und Kurzestr.-Ecke, hierselbst:
1 Pianino, schwarz polirt,
1 Buffetschrank in Eichen,
1 Zulinderbureau, 1 Sopha rc.
öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.
Krefeld.
Büchel, Gerichtsvollzieher.

Gerichtl. Verkauf.
Am Freitag, 30. März cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich in dem Auktion lokale Kurzestraße 4 hier:
Sophas nebst Sesseln, Trumeaux-Spiegel, Vertikows, Buffetschrank, Tische, Stühle, Gaskochofen, Badenthek, Eisschrank rc.
meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
Zimmermann, Gerichtsvollzieher in Krefeld.

Mehrere tüchtige Schlosser-Gehülfen, sowie Schleifer und Hülfsarbeiter gesucht.
Binnewirtz & Meier.
Ofen- und Herdfabrik,
6177 **Friedrichstr. 46.**

Suche zum baldigen Eintritt ein zuverlässiges, kathol.
Mädchen
gesetzten Alters, welches im Kochen u. in allen Handarbeiten, sowie in der Kinderpflege erfahren ist. **Hoher Lohn.**
Gefl. Offert. unter X. Y. 6159 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Konzert-Gesellschaft.
Freitag, den 30. März cr., Abends 7 Uhr:
Gesammt-Probe.
Die Probe ist nicht vor 9 Uhr beendet. Probebesuch unerläßlich.



Frische große holl. **Schellfische, Kabeljau**, Schollen, Rothzungen, Zander, Ostender Seezungen, Steinbutt, **Rheinwinterfalm**, Reinbechte, große Bresem, fette Maas, Brathühnge, geräucherten **Nordlaberdan** und **Tittlinge**, gewalzten Stockfisch,
frische Nuhralven empfiehlt
Joh. Gitfels,
Burgstr. 9. Telephon 189.

Prima Schwarz- und Mang-Brod
hergestellt aus den feinsten Roggen-Mehlen
in unerreichter Güte empfiehlt
Joh. Joeres,
Maschinen-Bäckerei, 6166
Breitestraße 51.

Eine neue lange Karre, auf Federn ruhend, für Gemüse-Händler oder Gärtner sehr geeignet billig zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 6176

Ausstellungs-Pavillon
für Silberwaaren zu kaufen oder zu leihen gesucht.
J. P. Pfaffen, Juwelier, Neuß.

Lehrmädchen
für ein Kurz- und Wollwarengeschäft unter günstigen Bedingungen gesucht.
Offerten unter S. 6163 an die Geschäftsstelle d. Bl.



Todes-Anzeige.

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, meine heißgeliebte Frau und unvergeßliche Mutter

Elise Schürmann
geb. **Krausch**

nach längerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, heute Mittag 1 Uhr im Alter von 30 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Theilnahme bitten
die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Krefeld, den 27. März 1900.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 31. März, Morgens 8½ Uhr, vom Trauerhause Hochstr. 64 aus statt.

Krefelder Stadttheater
Dienstag, den 3. April 1900
(außer Abonnement):
Benefiz für Marie Hardung.
Macbeth.
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
*** **Lady Macbeth — Marie Hardung.**
Die neue Dekoration:
Gothischer Saal, ist vom Theatermaler Fritz Baupel, die neuen Kostüme sind vom Ober-Garderobier Jastowski angefertigt.
Bestellungen auf Billets werden von heute an im Theaterbureau und an der Kasse entgegengenommen.

Krefelder Liedertafel.
Samstag, den 31. März 1900, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der „Stadthalle",
3. Konzert-Abend
unter Mitwirkung
der Konzertsängerin Frau **M. Craemer-Schleger** (Alt) aus Düsseldorf,
des Opernsängers Herrn **Reinh. Batz** (Tenor) aus Köln
und des Cellovirtuosen Herrn **Willem Willeke** aus Krefeld.
Leitung: Herr **Louis Brünsing.**

Programm.

1. Morgenlied (Liedertafel) . . . . . Jul. Rietz.
2. Cavatine aus der Oper „Faust" (Dr. R. Batz) Ch. Fr. Gounod.
3. Es muß ein Wunderbares sein (Liedertafel) Rb. Kirchl.
4. a) In der Fremde
   b) Der Soldat (Frau M. Craemer-Schleger) Rob. Schumann.
   c) Widmung
5. a) Sarabande
   b) Air (Herr W. Willeke) Cello Arc. Corelli. J. S. Bach.
   c) Arlequin David Popper.
6. Rhapsodie für Altsolo und Männerchor Joh. Brahms.

7. a) Mittagszauber
   b) Botschaft. (Frau M. Craemer-Schleger) Th. Leschetitzky. Georg Kramm.
   c) Er ist's Hugo Wolf.
8. Liebe (Liedertafel) . . . . . Rich. Strauß.
9. a) In Waldeseinsamkeit
   b) Der Neugierige (Herr R. Batz) Joh. Brahms. Fr. Schubert.
   c) Waldesgespräch Rob. Schumann.
10. a) Elegia
    b) Tarantelle (Herr W. Willeke, Cello) Schwanzande. David Popper.
11. Duette für Tenor und Alt:
    a) Entflieht mit mir!
    b) Unter'm Fenster (Frau M. Craemer-Schleger und Herr R. Batz) Rob. Schumann.
12. a) Im Märzen
    b) Sandmännchen (Liedertafel, Tenorsolo: Herr R. Batz) J. Rheinberger. G. Hirsch.

Zu diesem Konzert-Abende laden wir unsere Mitglieder nebst ihren Damen freundlichst ein.
Die Saalthüren bleiben bis 7 Uhr geschlossen. Ein vorheriges Belegen der Plätze ist nicht gestattet.
Der Vorstand.

Café Breidenbach 326
Südwall 20, Südwall 20,
5646 hält sich bestens empfohlen.

Institut von C. Linpinsel, Freren (Bez. Osnabrück),
unter dem Protektorate des hochw. Herrn Bischofs von Osnabrück.
Gründliche Vorbereitung für die oberen Klassen der Gymnasien und Realschulen, sowie für den Handelsstand. Geistlicher Lehrer an der Anstalt. Nachhülfe für Zurückgebliebene. Beste Erfolge. Gute Empfehlungen. Mäßiger Pensionspreis. Prospekte gratis. 5749

Kirschgens & Heider

Krefeld,
Hochstrasse 90/92 und Schwanenmarkt 2,

zeigen hiermit den Empfang
sämmtlicher Neuheiten
für die
Frühjahrs- und Sommer-Saison
ergebenst an.

Für Besitzer

von Fahrrädern, Equipagen und Motorwagen empfiehlt es sich, sich nach dem Werth einer guten Bereifung zu erkundigen. Von Fachleuten wird der Continental Pneumatic als ein erstklassiges Fabrikat empfohlen. Der

Continental Pneumatic

ist die vollkommenste und zuverlässigste Bereifung für alle Fahrzeuge. Erstklassig in Material und Ausführung, sinnreich in der Konstruktion.

6151

Continental Caoutchouc & Guttapercha Co., Hannover.

Gerichtlicher Verkauf.

Freitag, den 30. März cr., Vormittags 11 Uhr, werde ich im Auktionslokale Kurzestraße 6 dahier: 1 hölzernes Ausstellpferd, 1 silberplattirtes Pferdegeschirr, 1 kompl. Sattel, 6 Handkoffer 2c., ferner 3 Ladenglasschränke, 2 Ladentheken, 1 Gelluderbureau, Sopha, Sophatisch, Pfeilerspiegel, Schreibtisch, Tafelwage, 3 Schacht. nordische und Gaswas-Filz-Decken, sowie 1 Stück rothen und 1 Stück grauen Herrdüber öffentlich gegen Baar versteigern.

Krefeld.
Tensch, Gerichtsvollzieher,
Steinstr. 47, an der Blumenstr.

Spezialität:
Goldene
Herrenketten
große Auswahl,
585 gestempelt = 14 Karat, jedes Muster und Gewicht das Gramm M. **2.50.**
Sämmtliche andere **Gold- und Silberwaaren** billigst.
Herren- und Damen-Uhren.
Carl Bründt,
Goldarbeiter. 8762
Breitestraße 81. Breitestraße 81.



Patent Getandheits-Corset mit breiten Schulterträgern, welche nicht drücken, der gut sitzt, weil in jeder Größe in 3 Längen. Hüften, Taille und Brust werden durch Einlagen nach Belieben weiter und enger gemacht. Gesellschaft Frau Wilh. Bergen Krefeld, Hochstraße 142. D.R.G.M. 58416.

Christophlack

als Fußbodenanstrich bestens bewährt,
sofort trocknend und geruchlos,
von Jedermann leicht anwendbar,
gelbbraun, mahagoni, eichen, nußbaum u. grasfarbig.
Franz Christoph.
Berlin. 5990
Allein ächt in Krefeld bei:
H. Dietz,
Hauptgeschäft und Filialen.

Zum 1. oder 15. Mai suche ich für meinen größeren Haushalt eine tüchtige, erfahrene ältere

Köchin,

kathol. Bei Zufriedenheit ganz selbstständige dauernde Stellung und gutes Salair. 6135
Frau C. F. Stein,
Essen (Ruhr),
Limbeckerchaussee 1/3.

Stadtbad

Vom 1. April an ist das Stadtbad Vormittags von 7 bis 1½ Uhr und Nachmittags von 3 bis 8½ Uhr geöffnet; an den Sonntagen Vormittags von 8 bis 11 Uhr.

Krefeld, den 29. März 1900.

Der Oberbürgermeister.

Aufforderung.

Die **neugewählten** (nicht die wiedergewählten) **Herren Armenpfleger** ersuche ich hiermit ergebenst, sich gefälligst am

Freitag, den 30. März cr., Nachmittags 6 Uhr,

im **großen Rathhaussaale** einzufinden, um in Gemäßheit des § 5 der Armen-Ordnung in ihr Amt eingeführt zu werden.

Krefeld, den 26. März 1900.

Der Vorsitzende der Städtischen Armen-Deputation.
L. F. Seyffardt.

Gewerkschaft Nisterthaler Erzbergwerke.

Bei der heute in Gegenwart des Königl. Preußischen Notars Holter in Düsseldorf stattgehabten **Verloosung** der am 1. Juli 1900 gemäß den Anleihe-Bedingungen zur Rückzahlung gelangenden **5% Partial-Obligationen** unserer hypothekarisch sichergestellten Anleihe sind folgende Nummern im Gesammtbetrage von 15,000 Mark gezogen worden:

1, 14, 39, 53, 96, 157, 160, 210, 215, 230, 276, 308, 326, 378, 385, 387, 391, 407, 429, 435, 450, 451, 460, 463, 488, 513, 540, 558, 584, 588, 594, 665, 677, 685, 707, 713, 726, 743, 752, 805, 808, 833, 851, 857, 863, 884, 911, 913, 924, 930,

im Ganzen 50 Stück über je 300 Mark.

Die Auszahlung dieser Obligationen zum Nennwerth und einem Zuschlag von 5% erfolgt vom 1. Juli 1900 ab bei der Kasse unserer Gewerkschaft in Düsseldorf, Stefanenstr. 36, gegen Auslieferung der Obligationen und der dazu gehörenden Zins-Coupons, welche später als an einem Tage verfallen. Fehlende Coupons werden an dem Kapitalbetrage gekürzt und hört die Verzinsung der obenbezeichneten Obligationen mit dem 30. Juni 1900 auf.

Düsseldorf, den 27. März 1900.

Gewerkschaft Nisterthaler Erzbergwerke.
Der Vorstand.

Jede Konkurrenz übertreffend!
Feinster
Lindenblüthen-Honig
(Schleuderhonig) 1 Pfund inkl. Glas 90 Pfg. 5736
Fritz Fischer, Karlsplatz 18.

Die prämiirten Thee's

der Weltfirma **P. E. Theuré** in Utrecht (Holland) und Köln (Rhein), Hoflieferant Sr. Königl Hoheit des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen, von der Drogisten-Akademie in Braunschweig durch Herrn Dr. E. Freise chemisch untersucht, ergab die Analyse: 9542

1) hohen Theeingehalt,
2) frei von schädlichen Metallsalzen,
3) frei von fremden Blattformen,

so dass die **Thee's als unverfälschte Qualitäten** zu bezeichnen sind. Man verlange **Gratisproben.**

En gros-Lager für **Deutschland** in **Köln:**

P. E. Theuré, Thee-Import u. Thee-Export,
Utrecht (Holland) und **Köln** (Rhein).
Vertreter für Krefeld und Umgegend: **Max Ziegler,** Sensserstrasse 46.

Für Bäcker und Konditoren!

Empfehle mich im Aufbauen von
Königswinter Tuffstein-Backöfen
jeden Systems.
Spezialität: Unterzugs-Kanalöfen u. Konditoröfen unter Garantie.
Reparaturen schnell und billigst.
Sämmtliche Armaturen auf Lager.
Hochachtend 5938
Joh. Köppchen, Backofenbauer aus Königswinter.
Wohnung und Lager: **Krefeld, Breitestraße 25.**

Bohnenstangen.

Echte **Roth anner-Bohnenstangen** sowie **Heckenlatten** und **Heckenpfähle** sind billig zu haben. 6156
T. Bröter,
Diesemerstraße 27, am Schlachthof.

Wer Freund einer guten sparsamen Küche ist, verwende
Lösl. **Frühstücks-Suppen**
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
Zu haben bei **Johs. Oters,** Neuerstraße 41. 6138

Miethvertrag-Büchelchen,

nach den Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches abgefaßt,
sind zur Ausgabe gelangt.
Geschäftsstelle der „Niederrheinische Volksztg."
und des
„Krefelder Stadt-Anzeiger".
Friedrichstr. 41. Fernsprecher 354.

Peru-Guano,
Chilisalpeter,
Kainit,
Thomas-Phosphatmehl
Viehsalz
hält billigst auf Lager
H. Platen,
Tel. 767. Mittelstr. 26. 9889

Schweizer-degen

mit guten Zeugnissen **sucht Stelle** in einer Krefelder Buchdruckerei.
Näheres in der Geschäftsstelle der „Niederrh. Volksztg." 6141

Auf einer Ringofenziegelei wird ein tüchtiger, zuverlässiger
Fuhrknecht
bei freier Wohnung und hohem Lohn gesucht. 6085
Näheres Marktstraße 158.

Properes
Dienstmädchen
für Küche und Hausarbeit gegen hohen Lohn zu Ostern gesucht 6158
Westwall 158.

In einem herrschaftlichen, ruhigen Hause im westlichen Stadttheile, in der Nähe des Stadtgartens, ist per Martini, ev. auch einige Wochen früher, die

erste Etage,

bestehend aus 7 Zimmern mit allen Bequemlichkeiten und Speicherzimmer an stille Familie zu **vermiethen.**
Offerten unter A. B. 6129 besorgt die Geschäftsstelle dss. Blattes.

Kesselschmiede
(Stemmer) 6002
finden dauernde Beschäftigung bei
Koerver & Lersch.

Ein
Milchkutscher
gegen hohen Lohn gesucht.
Johann Moerter,
Löfkeshof, 6157
Benrad-St. Tönis.

Haushälterin.

Alleinstehender Geschäftsmann sucht eine gesetzte Person zur Führung des Haushalte.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes. 6122

Heute Abend 7½ Uhr
Hildachkonzert
Eingang Hubertusstrasse.

Fleischer-Innung.

Am Mittwoch, den 4. April 1900, Nachmittags 3 Uhr, findet
Lehrlings-Prüfung
statt.

Schriftliche Anmeldungen hierzu sind bis **spätestens 1. April** dem Unterzeichneten einzureichen.

Der Obermeister: Bernh. Hagemes.

NB. Die Nachweisung über Eintragung in die Lehrlingsrolle ist unbedingt erforderlich.

Ortskrankenkasse

für die
nicht dem Weber- und Wirkerstande angehörigen Meister, Gesellen, Gehülfen, und Lehrlinge der Textil-Industrie zu Krefeld.

Gemäß § 51 unseres Kassenstatuts laden wir hiermit die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassenmitglieder zu der am

Freitag, den 6. April dss. Js., Abends 8½ Uhr,

im oberen Saale des Restaurant **A. Huppertz,** Neumarkt 2 hierselbst, stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

höflichst ein.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
2. Vergleichendes Geschäftsergebniß der Rechnungsjahre 1898 und 1899.

Der Vorstand.
Gust. Berndt, 1. Vorsitzender.

Civilstand der Gemeinde Krefeld.

Geborene.

19. März. Ida, T. v. Karl Eiend, Fuhrknecht.
20. März. Johanna Maria, T. v. Johann Tendyck, Lokomotivheizer.
21. März. Franz Joseph, S. v. Franz Weiers, Schreinermeister.
24. März. Alexander, S. v. Joseph Ammelung, Maschinenschlossergeselle. — Wilhelm Ambrosius, S. v. Bernhard Kersten, Bäckermeister. — Anna Maria Theresia, T. v. Wilhelm Brieux, Fabrikarbeiter. — Anna, T. v. Johann Heyer, Fuhrknecht. — Anna Hubertine, T. v. August Schmidt, Buchbindergehülfe. — Ernst, S. v. Johann Elbers, Tagelöhner.
25. März. Gerhard, S. v. Peter Ricken, Flickschneider. — Maria Theodora, T. v. Wilhelm Wöhrle, Stukkaturgehülfe. — Leo Ewald, S. v. Heinrich Wefers, Fabrikarbeiter.

Gestorbene.

22. März. Valentin Sauer, ledig, 62 J. — Franz Hermanns, 4 J. — Ehefrau Gottfried Busch, Gertrud geb. Gilkhaus, 55 J. — Johann Heinrich Meyer, ledig, 73 J.
23. März. Johann Adolf Enger, 15 J. — Elisabeth Busch, 7 T. — Wwe. Theodor Siemes, Maria Agnes geb. Pfeifer, 77 J. — Johanna Laura Paula Bister, 4 J.

Stadttheater.

Donnerstag, den 29. März 1900 (außer Abonnement):
Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Die offizielle Frau.
Schauspiel von Hans Olden.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Freitag, den 30. März 1900 (außer Abonnement):
Gastspiel des Dr. Heine-Ensembles.
(Ibsen-Theater).
Novität! Novität!
Wenn wir Toten erwachen.
Dramatischer Epilog von Henrik Ibsen.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Naturwissensch. Verein.

Freitag, den 30. März cr., Abends 8½ Uhr:
Schluss-Sitzung.
1. **Vortrag: „Das Gewitter".** — Herr Oberlehrer K. Schwab.
2. **Ausstellung** von 40 dem Verein geschenkten **Photographien aus Sumatra** (Medan-Deli).

8—8½ Uhr: **Bücherei.**
Nächste Bücherausgabe: Anfang **Mai.**

Der Vorstand.

Kaiser-Panorama,
Hochstraße 122,
Ecke der Poststrasse (Parterre)
Diese Woche:
Das malerische Tyrol
von Klausen bis Meran.

Restauration
A. Hageney,
Gladbacherstr. 23.
Pickfeines
Bockbier
im Anstich. 6021
Glas 10 Pfennig.

Kupfer- und Stahlstiche
sowie **Bilder aller Art** mit und ohne Rahmen empfiehlt die Kunsthandlung und Rahmen-Fabrik von
J. Greven,
Krefeld, Hochstraße 52.
Telephon-Nr. 584.

Namensticken

wird schön und billig ausgeführt. 9700
Gartenstraße 100.

Marienburger Geld-Lotterie.

Ziehung am 3., 4., 5. u. 6. April.

Hauptgewinne:

Mark 60,000, 50,000, 40,000,
30,000, 20,000, 10,000 2c.

Einige Loose
à Mark 3.—
sind noch vorräthig in der Geschäftsstelle der
„Niederrhein. Volkszeitung"
und des
„Krefelder Stadt-Anzeiger".

Zur gefl. Beachtung! Für die „Niederrheinische Volkszeitung" aufgegebene Anzeigen werden auch **einmal kostenlos** in den in einer Auflage von **11,300** Exemplaren erscheinenden **„Crefelder Stadt-Anzeiger"** aufgenommen. Auf diese Weise gelangen Inserate der „Niederrheinischen Volkszeitung" in **18—20,000 Haushaltungen und Familien** und in Hände von etwa **60—70,000** regelmäßigen Lesern.